

Der Tag X

I Zu Beginn eine Anmerkung:

Für Menschen die bisher nicht über die Vorgänge in der Welt und über die fortdauernde Existenz der „Reichsdeutschen“ informiert waren oder sind, mag das nun folgende Szenario den Eindruck eines Hirngespinnstes machen und sie mögen an einen Zukunftsroman mit fiktivem Inhalt glauben.

Allerdings ist es eine bisher ängstlich verschwiegene Tatsache, dass die Dritte Macht seit über 60 Jahren existiert und eine weiterentwickelte Technik besitzt, deren Anfänge bereits im 19ten Jahrhundert in Deutschland begonnen wurden.

Weltweit werden täglich rund **1000** sogenannte „**UFO-Sichtungen**“ berichtet, die allerdings von den zur Zeit herrschenden „Regierungen“ geheim gehalten und als Spinnerei und Täuschungen diffamiert werden, - aus gutem Grund.

Kurz nach Ende der Absetzbewegung, es waren auch etliche "Größen" der alten Naziführung dabei und auch einige die sich sehr negativ im menschlichem Bereich aufgeführt hatten, (Namen schenke ich mir hier) ging es um den Aufbau einer neuen Führungsriege und einer neuen menschlichen und freien Gesellschaft.

Da es im Wesentlichen hauptsächlich Techniker, Ingenieure und Soldaten, teilweise mit ihren Familien waren, die sich abgesetzt hatten und etliche dieser Menschen den Abstieg des Deutschen Reiches nicht zuletzt und mit Recht auf die teilweise unmenschlichen Machenschaften von SS, Gestapo und anderen Organisationen zurückführten, wollte man eine neue soziale und freie Gesellschaftsform gründen in welcher die alten Fehler nicht wieder gemacht werden sollten.

Es wurden Verhaltensregeln entworfen denen sich die alten Riegen zu unterwerfen hatten. Wer dieses nicht tun wollte wurde ausgewiesen, hauptsächlich nach Argentinien, teilweise auch in die USA, wo diese Leute untertauchten.

Alle hatten eine Erklärung zu unterschreiben und wurden zur absoluten Geheimhaltung verpflichtet. **(Der Eid!)** Dieser Eid gilt noch heute und es ist ein Eid der nicht auf einen bestimmten "Führer" oder ein bestimmtes Reich abgelegt werden musste, sondern auf das "Deutsche Volk als geschichtliche Sendungsgemeinschaft für alle Arier." Dieser Eid wurde bis zum heutigem Tage nicht gebrochen, da das sehr üble Folgen für den Eidbrüchigen nach sich ziehen würde.

Es gibt nämlich nicht nur den MOSSAD oder die CIA, die sich in der Einhaltung von Regeln ausgezeichnet haben und weltweit agieren, sondern auch einen weiteren und sehr effektiven Geheimdienst, der sehr aktiv ist... auch in Deutschland und weltweit.

Übrigens sind einige Dinge, die heute in der Welt geschehen, durchaus durch diesen "Geheimdienst" gewollt und initiiert.

Nur ein Beispiel:

Die Auslagerung bestimmter Firmen in das europäische Ausland ist durchaus konform mit der Zukunftsplanung dieser "Organisation". Es müssen momentan Ressourcen gesichert und dem Zugriff der negativ motivierten Kräfte entzogen werden, um sie später dem Deutschen Volk wieder zugänglich machen zu können.

Die Geschehnisse in der Welt werden durchaus nicht nur durch die uns vorgespiegelten Mächte gesteuert sondern weitgehend durch die "Dritte Macht".

Es ist sehr interessant zu beobachten, dass die momentan "gültige" Exekutive einige der tatsächlichen Hintergründe seit langem erkannt hat (sie wurde informiert) und sich entsprechend verhält.

So werden z.B. Gerichtsurteile nicht mehr durch einen Richter unterzeichnet...

Sehr viele "offizielle" Dokumente sind "ohne Unterschrift gültig".

Man rechnet also schon mit einer Veränderung und ist bestrebt sich zu schützen.

Weiter haben die USA und Russland ein "Mondverbot" erhalten und auch die Marssonden wurden um- oder ausser Betrieb gesetzt, weil sie gewisse Dinge nicht aufzeichnen oder dokumentieren sollten.

Das Weltraumteleskop "Hubble" könnte sehr schöne Bilder von Mars und Mond liefern, (immerhin reicht sein optischer Bereich etliche Milliarden Lichtjahre in das All) vorhandene Bilder werden geheim gehalten, stattdessen veröffentlicht die NASA das Bild eines Stück Käse als Mondoberfläche.

Das ist nicht lustig, das ist „Volksverarschung“.

Die Geheimhaltung der NASA ist allerdings nicht durch die "Dritte Macht" verursacht sondern durch die "US Nationale Sicherheit", denn wie sollte die US-Regierung dem Volk erklären was in Wirklichkeit los ist? Genau aus diesem Grunde werden alle "UFO" Sichtungen lächerlich gemacht, als Augentäuschung deklariert und Piloten die darüber Meldung machen werden "ausser Dienst" gestellt und zum Schweigen gebracht.

Es wurde das Märchen über die "Ausserirdischen" erfunden... und dieses Märchen wird von vielen fehlunterrichteten Menschen sehr viel lieber geglaubt als die bestehende Existenz der „Reichsdeutschen“, obwohl das Märchen über „Ausserirdische“ weit fiktiver ist als die Wahrheit.

Alleine schon die Bezeichnung „Reich“ - ist durch unseren „Demokratischen Rechtsstaat“ mit Strafe bedroht, genau wie die Meinungsfreiheit aller Deutschen durch Gesetze eingeschränkt ist, aus Angst die Wahrheit könnte in Erfahrung gebracht werden.

Dieser Staat nimmt sich das „Recht“ den Glauben und die Meinung des Einzelnen zu reglementieren und ausschließlich in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Abweichende Meinungen oder Glaubensrichtungen werden mit strafrechtlichen Begriffen wie z.B. „Volksverhetzung“, „ausländerfeindlich“, rassistisch, Nazi oder „antizionistisch“ in Verbindung gebracht und mit Strafen bedroht. Eine freie Forschung über gewisse Dinge ist verboten, selbst ganz einfache und unverfängliche Symbole sind verboten. Warum aber ist das so? Man hat ganz einfach Angst, die geschichtliche Wahrheit könnte irgendwann zu Tage treten.

Tatsächlich hat die Dritte Macht seit mindestens 50 Jahren ihre Anwesenheit immer wieder unter Beweis gestellt, was der Bevölkerung selbstverständlich durch die „Medien“ nicht mitgeteilt wurde, die ebenfalls schon seit langem unter der Kontrolle gewisser Mächte stehen und fremdgesteuert werden.

Das Volk, egal wo auch immer in dieser Welt, wird täglich belogen und betrogen, ausgenutzt und in eine gewünschte Richtung gedrängt.

Ob es sich um die angebliche „Vogelgrippe“ handelt oder um die Beleidigung gewisser Glaubensanhänger durch Verunglimpfung ihres Glaubens, das alles ist eine gesteuerte Machenschaft um bestimmte Ziele zu erreichen. Hierzu gehören auch alle Massnahmen um die Völker in Kriege zu treiben, wie hier gleich berichtet werden wird.

Die folgende Abhandlung mag momentan noch fiktiv und als Ausdruck eines „Wunschdenkens aufzufassen sein, allerdings wird die Möglichkeit immer wahrscheinlicher, daß derartige Massnahmen tatsächlich sehr bald ergriffen werden.

Sie werden ergriffen und ausgeführt von einer Macht, die bisher von offiziellen Stellen als „Hirngespinnst“ von „ewig Gestrigen“, Revisionisten oder mit weit schlimmeren Worten belegter Menschen bezeichnet wurden.

Das war bisher lediglich ein „Selbstschutz“ und die Abwehr einer Furcht vor dem Verlust der Macht und von egoistischen Bestrebungen, die auf dem Ausnutzen eines seit Jahrzehnten belogenen und betrogenen Volkes beruhen.

Wissen ist Macht.

Wer nicht weiss ist machtlos und ein Spielball der Wissenden.

II. Der Tag X - 1. Teil

Die Entwicklung zu diesem Tag X hin hatte sich zwar längerfristig abgezeichnet, war aber dann doch quasi über Nacht überraschend erfolgt. Dass etwas Grundsätzliches passieren musste, war zuvor jedem Bürger in Deutschland bewusst, da die gesamte Situation widersinnig geworden war, und das in höchstem Grade - die Anormalität war zur normalen Erscheinung geworden.

Viele Faktoren kamen hier zusammen, die im Folgenden zu diskutieren sein werden, ausgelöst hatte den öffentlichen Zusammenbruch jedoch eine urplötzliche Schließung der Banken - durch die fortwährende finanzielle Verunsicherung der Bürger hatten diese in zunehmendem Maße ihre Bankguthaben abgehoben, so daß die Finanzreserven der Geldinstitute diese Auszahlungen nicht mehr abdecken konnten und sie schließen mussten.

Die meisten Versorgungseinrichtungen, wie die Supermärkte, blieben geschlossen, da sie ja an den Geldkreislauf der Banken angeschlossen waren und so brach die allgemeine Versorgung zusammen. Nur Elektrizität und Wasserversorgung funktionierten noch.

Das führte zu öffentlichen Unruhen, insbesondere bei den Menschenballungen in den Großstädten, in denen sich der Ausländeranteil bereits in die Nähe der 50%-Grenze entwickelt hatte, und es kam zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Ausländern.

Da erschienen plötzlich allerorten Flugscheiben am Himmel, deren Existenz bisher offiziell als Phantasieprodukte krankhafter Gehirne abgetan und verlacht worden war, und positionierten sich landesweit fest über den strategisch wichtigen Stellen des öffentlichen Lebens.

Hierbei drohte eine Panik auszubrechen, da die Menschen annahmen, außerirdische UFOs wären auf unserem Planeten eingefallen und wollten ihn erobern. Doch dann erkannten sie die alten reichsdeutschen Kennzeichen an den Flugkörpern, also musste es sich, so undenkbar das erschien, doch um deutsche Flugscheiben handeln.

Und zu gleicher Zeit brach die gesamte öffentliche Stromversorgung zusammen - nichts ging mehr, und das insbesondere großflächig um den Bereich aller Hauptstädte, sowie in allen wesentlichen militärischen Einrichtungen, insbesondere mit Waffensystemen. Auch vorsorglich angelegte separate Stromversorgungen dieser Einheiten erwiesen sich als funktionslos. Hierdurch wurde ein allgemeines, öffentliches Chaos erzeugt, die gesamte Kommunikation unterbunden und jegliche militärische Abwehr ausgeschaltet.

Nach etwa 24 Stunden, nachdem offenbar alle bedeutenderen militärischen Schaltstellen auf diesem Planeten unter Kontrolle gebracht worden waren, setzte

zögernd die Stromversorgung wieder ein, die Fernsehsender zeigten ein reichsdeutsches Testbild, bis ein betagter Mann in unbekannter, schwarzer Uniform erschien und über Rundfunk und Fernsehen folgende Erklärung abgab:

(Diese Erklärung liegt bei den entsprechenden Stellen bereits schriftlich vor...)

"Meine deutschen Landsleute, und ich grüße die Bürger der anderen Staaten!

Bitte bewahren Sie Ruhe!

Wir sind die Nachfahren von Menschen, die im Jahre 1944 das deutsche Reichsgebiet verlassen haben, um in Stützpunkten außerhalb dieser Erde den Fortbestand des Deutschen Reiches zu sichern.

Wir sind weder Nationalsozialisten noch Kommunisten oder Sozialisten, wir neigen keiner dieser Ideologien zu, sondern sehen uns ausschließlich dem Wohle der Völker verpflichtet, die bisher im moralischen und politischen Verfall des Hochfinanz-Geldsystems immer aufs Neue in Kriege getrieben und rücksichtslos ausgebeutet wurden.

Was wir zum Wohle aller Völker deshalb ab sofort strikt unterbinden werden, sind jegliche kriegsmäßigen Auseinandersetzungen.

Wir haben unsere zahlreichen Flugscheiben über dem Reichsgebiet und den Zentren dieser Erde verteilt und sind in der Lage, durch ein mit ihnen verbundenes Kommunikationssystem jegliche Waffenanwendung sofort zu unterbinden und diese Waffensysteme zu eliminieren.

Wir bedauern, in vorangegangenen Monaten anderen Völkern durch Ausschaltung ihrer Stromnetze zeitliche Probleme und Ungemach bereitet zu haben.

Dies war als Testmaßnahme und ihren Regierungen gegenüber als krieglose Machtdemonstration leider unumgänglich. Denn alle Staaten dieser Erde, die gegen das Deutsche Reich am II. Weltkrieg beteiligt waren, werden nunmehr den Text eines Friedensvertrages für eine Unterzeichnung erhalten, um diese ab 1945 nun fast 70 Jahre andauernde Periode endlich abzuschließen.

Dieser Vertrag basiert im Gegensatz zu den uns Deutschen gewaltsam aufgezwungenen Verträgen von Versailles bis Potsdam auf den anerkannten Prinzipien des Völkerrechts und gegenseitiger friedlicher Akzeptanz, so unter Aufhebung dieser früheren völkerrechtswidrigen Verträge, aber mit den daraus sich ergebenden praktischen Konsequenzen.

Sollte einer dieser Staaten diesen völkerrechtsfundierten Friedensschluss verweigern wollen, so bedeutet dies eine feindliche Handlung und werden wir diese mit der bereits demonstrierten Lahmlegung seiner nationalen Energieversorgung beantworten, bis die Bereitschaft einer Unterzeichnung eintritt.

Wir haben keineswegs die Absicht die politisch-gesellschaftlichen Strukturen in all den verschiedenen Staaten der Erde zu verändern, das ist ausschließlich Angelegenheit der Bürger der betreffenden Länder, ob sie nach einer wahrhaft freiheitlichen Rechtsordnung oder z. B. nach dem Gesetz der Scharia leben wollen. Denn kein Staat dieser Erde hat das Recht, sein politisches System einem anderen aufzwingen zu wollen.

Unser Heimat- und Stammland ist Deutschland, das bis heute unter verdeckter alliierter Herrschaft der ehemaligen Siegermächte stand und durch eine Überschwemmung mit fremdethnischen Völkern multi-ethnisierend eingeebnet und als solches populativ erlöschen sollte.

Dieser nationale Leidensweg hat nun ein Ende und wir werden nunmehr ein freies und friedliebendes neues Deutschland aufbauen, jedoch mit dem völkerrechtlichen Anspruch auf alle die Gebiete, die unter Bruch jegliche internationaler Rechtsnormen in Folge der beiden Weltkriege abgetrennt und fremden Staaten angegliedert worden sind.

In strikter Abwendung zu zerstörerischer Globalisierung und einer Herrschaft der Hochfinanz werden wir in Deutschland ein neues Wirtschaftssystem, ein Wirtschafts- und Finanzsystem des 3. Jahrtausends aufbauen, ausgerichtet allein auf das Wohl unserer deutschen Bürger.

Dieses neue System soll durch seinen Erfolg und Wohlstand ein internationales Beispiel werden und alle anderen Völker sind mit ihren Staaten aufgerufen, dieses neue Wirtschaftssystem zu beurteilen und wenn sie es gleichfalls übernehmen, werden wir dann gern jede erbetene Hilfe leisten.

Dieser eingeschlagene unabhängige Weg Deutschlands war der verdeckte, eigentliche Grund, unser Land 1939 mit Krieg zu überziehen, um einen solchen von der Hochfinanz unabhängigen Wirtschaftsweg, der damals durch den Wechsel vom Kreditkauf auf Warenaustausch bereits beschritten worden war, unbedingt zu verhindern und ihre internationale Herrschaft weiterhin zu zementieren.

So werden gleichartige Attacken jetzt erneut zu erwarten sein, unseren friedlichen deutschen Aufbau zu stören und zu zerschlagen.

Doch nun haben wir die militärischen Mittel, solche Aktionen im Keim zu unterbinden.

Unsere etwa 12.000 weltweit stationierten Flugscheiben mit unserem hocheffektiven Informationssystem sind in der Lage, hiergegen sofort einzugreifen. Deshalb haben wir als erste Vorsichtsmaßnahme sämtliche Kernwaffenarsenale aller Staaten ausgeschaltet, um etwaige derartige Kurzschlusshandlungen auszuschließen und alle auf reichsdeutschem Stammland befindlichen ausländischen Militäreinheiten interniert.

Auf diese Weise haben wir die Erde von allen Kernwaffen befreit, eine Maßnahme, wozu die irdischen Regierungen 60 Jahre lang nicht fähig waren.

Des Weiteren warnen wir davor, etwa chemische oder biologische Kampfstoffe gegen uns einsetzen zu wollen. Jede gestartete Rakete wird durch unsere stationierten Flugscheiben abgefangen, und die Kampfstoffe würden so auf das eigene Gebiet heruntergehen und die eigene Bevölkerung verseuchen. Dies haben wir bereits bei dem als "Enthauptungsschlag" vorgesehenen Massenstart von Marschflugkörpern auf Bagdad im letzten Irak-Krieg demonstriert. Denn diesmal würden wir diese Flugkörper nicht mehr nur zerstören oder ablenken, sondern in das Abschussgebiet zurückführen.

Weiterhin haben wir in Vorsicht das Reichsgebiet zur Flugverbotszone für fremde Flugmaschinen erklärt und würden bei Zuwiderhandlung jede einfliegende Maschine wegen zu befürchtenden Missbrauchs eliminieren müssen.

Insgesamt macht die jetzt eingesetzte Wende tiefgreifende und grundsätzliche Veränderungen in unserem deutschen Stammland erforderlich.

Zur Durchführung dieser gravierenden Maßnahmen muss AB SOFORT für etwa 14 Tage der Ausnahmezustand verhängt werden. Hierzu werden Sie täglich informiert, wie Sie als deutsche Bürger sich zu verhalten haben.

Ab sofort wird das temporäre Nachkriegskonstrukt Bundesrepublik Deutschland durch das nun wieder handlungsfähig gewordene "Deutsche Reich" abgelöst.

So wie die BRD kein Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches war, ist das jetzt wiederbelebte Deutsche Reich kein Rechtsnachfolger der BRD und so frei aller in dieser Zeit beschlossenen Gesetze, Verträge und Abkommen.

Das jetzige Deutsche Reich ist dadurch schuldenfrei entsprechend dem Stand 1945 und weder Mitglied der NATO noch der Europäischen Union.

Die bisherige Staatsform der "Parlamentarischen Demokratie" als willfährige Parteiendiktatur der Hochfinanz ist für das Reichsgebiet beendet.

Da das BRD-Grundgesetz zudem von den damaligen Siegermächten lediglich vorgegeben, dann fortlaufend nach Belieben abgeändert und nie durch ein Volksvotum bestätigt worden ist, gilt ab sofort wieder die Weimarer Verfassung, vorbehaltlich vorerst notwendiger temporärer Einschränkungen:

Wir stehen vor der umfassenden Aufgabe, als aller erstes die deformierten politischgesellschaftlichen Verhältnisse wieder zu normalisieren und eine wahrhaftige Volks-Selbstbestimmung zu verwirklichen.

Dies kann nur in zwei Etappen geschehen:

Die erste Etappe ist gekennzeichnet durch strikt-korrigierende zentrale Maßnahmen, die insbesondere eine Befreiung der Medien von ihrer bisherigen fremdethnischen Steuerung, die Wiedereinführung der Reichsmark als nationaler Währung und eine umfassende Ausreise der in das deutsche Stammland eingeschleusten Millionen von Ausländern beinhalten.

Letztere haben innerhalb von 4 Wochen das Reichsgebiet zu verlassen, es sei denn, sie seien während ihres bisherigen Aufenthaltes nachweislich wahrhaftige Deutsche geworden bzw. wollen sich als solche künftig uneingeschränkt bekennen, einschließlich eines Übertritts zum Christentum und bereits gegebener Beherrschung der Deutschen Sprache.

Von diesem besonderen Personenkreis abgesehen werden alle nach dieser 4-Wochen-Frist sich hier dann illegal aufhaltenden Ausländer zwangsweise mittels unserer Flugscheiben in Länder ihrer Kulturregionen zurückverbracht, um sich dort wiederingliedern zu lassen. Für diese Zeit gilt der Ausnahmezustand.

Der gesamte, jetzt beginnende Übergangszeitraum konsequent-politischen Handelns stellt eine Ausnahmesituation dar, die in ihrer Komplexität nur durch zentrale Maßnahmen in Form von Präsidialerlassen zu bewältigen ist.

In dieser Zeit, deren Begrenzung auf 2 Jahre beabsichtigt ist, wird eine Nationalversammlung eine neue Reichsverfassung ausarbeiten und dem Volk dann zur Abstimmung vorlegen sowie der Aufbau einer dem Reiche verpflichteten Verwaltungsstruktur erfolgen.

Alle bisher maßgeblichen politischen Funktionsträger, welche die zerstörerische Entwicklung der letzten Jahrzehnte verschuldet haben, werden zur Verantwortung gezogen und werden Deutschland zu verlassen haben.

Weiterhin sind alle künftigen politischen Funktionsträger verpflichtet, einen Eid abzulegen, nie der Freimaurerei oder anderen Geheimgesellschaften angehört zu haben und abstammungsgemäß auch nicht mittelbar mit einer fremden ethnischen Herkunft verknüpft zu sein. Nur auf diese Weise ist eine Fremdbeeinflussung unserer künftigen Politik von außen her wirkungsvoll auszuschließen.

Insgesamt haben wir jedoch ein neues öffentliches Klima zu schaffen, mit einer Aufbruchsstimmung unseres Volkes, das seine Tüchtigkeit und Ausdauer bereits in der Nachkriegszeit trotz widrigster Umstände unter Beweis gestellt hat, eine Abkehr von der unsere Gesellschaft zersetzenden öffentlichen Gewaltdarstellung, Pornographie und Homo Ehe, mit einer statt dessen erfolgenden Wiederaufwertung der Familie als Keimzelle jedes Volkes, mit der

Wiederentwicklung eines Verantwortungsgefühls des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft:

Gemeinnutz geht vor Eigennutz und nicht umgekehrt wie bisher, aber vor allem einer Neuausrichtung auf ethisch-moralisch-spirituelle Werte des Lebens, statt vordergründigem bloßem materiellen Konsum.

Besinnen wir uns auf unsere deutsche Geschichte als zentrale Kulturnation. Nehmen wir das Schicksal unseres Landes nun wieder in unsere eigenen Hände und bauen wir ein Deutschland auf, als ein leuchtendes Beispiel einer neuen politisch-wirtschaftlichen Ordnung zum Wohle aller Menschen für den gesamten Erdball.

Als Einführung in diese bevorstehende neue Ordnung werden die nachstehenden Hauptgrundsätze mit ihrer Kommentierung übergeben:

130 Grundsätze für eine Wiedererrichtung eines DEUTSCHEN REICHES

Die hier zu skizzierenden Grundsätze zergliedern sich in drei Komplexe, in

- I. Allgemeine Grundsätze des neuen deutschen Staates,
- II. Grundsätze mit sofort zu ergreifenden Maßnahmen zur Normalisierung der Situation,
- III. Grundsätze, die dann für den weiteren Aufbau des deutschen Staates angebracht erscheinen.

A. Allgemeine Grundsätze des neuen reichsdeutschen Staates

1. Das Deutsche Reich ist kein Rechtsnachfolger der Bundesrepublik Deutschland oder DDR. Alle von diesen politischen Strukturen geschlossenen Verträge und eingegangenen Verbindlichkeiten, wie die astronomische Verschuldung, sind für das Deutsche Reich deshalb gegenstandlos und unwirksam.

2. Das Deutsche Reich ist ein Nationalstaat, der mit allen anderen Völkern in Frieden und Handelsbeziehungen des gegenseitigen Vorteils leben will.

3. Basis des Staates ist die deutsche Volksgemeinschaft. Die individuellen Interessen der Volksbürger enden dort, wo sie in die Interessen der Volksgemeinschaft eingreifen.

Zu 2./ 3.

Man versuchte uns einzureden, die politische Form des Nationalstaates sei in Zeiten eines europäischen Einigungsprozesses überholt und der eigentliche Nährboden für das

Ausbrechen von Kriegen gewesen. Das ist unsinnig, wie wir an den Auswirkungen der jetzt forcierten Globalisierung deutlich erkennen können. Außerdem sind Kriege fast stets zentral (vom Kapital, von der Hochfinanz) angezettelt worden, denken Sie nur an Lusitania, Golf von Tonking, Pearl Harbor, den 11. September und die nichtexistenten Massenvernichtungswaffen im Irak, man hat diese Vorfälle selbst inszeniert, um sie dann als Kriegsgrund dem beabsichtigten Gegner als Kriegsgrund anlasten zu können.

Nur der Nationalstaat ist die geschichtlich gewachsene Form, ein Volk seiner Mentalität und seinem Arbeitsvermögen entsprechend regierbar zu halten und so für dessen Bürger deren Lebensbedingungen zu optimieren. Es gibt nur die beiden und zueinander gegensätzlichen Alternativen: Nationalstaat oder globalisierte Auflösung, jeweils nur ein bisschen von beiden ist undenkbar, wie auch nicht eine nur teilweise Schwangerschaft. Und der entartende Kapitalismus braucht offenbar diese Globalisierung, um sich durch ständige Expansion noch länger am Leben erhalten zu können - das aber ohne uns!

Das bedeutet in Konsequenz die unverzichtbare Notwendigkeit, die bisher auf deutschen Stammgebiet globalisierten Wirtschafts- und Eigentumsstrukturen - also mit ausländischen Eigentümern - in deutsche Hände zurückzuführen, was ohne rigoroses Handeln nicht möglich ist - vergleichbar mit der Verstaatlichung der Ölquellen durch den Irak.

Die Volksgemeinschaft in den Vordergrund zu stellen, bedeutet eine Veränderung in der Art unseres Zusammenlebens von Grund auf. Zuvor kämpft jeder gegen jeden, um zu überleben unter den Bedingungen eines ständig gnadenloser werdenden und weltumspannenden "Wettbewerbs". Die Menschen hatten größtenteils jegliche nachbarschaftliche Hilfsbereitschaft vergessen und lebten in den Großstädten isoliert nebeneinander her. In Hochhäusern kannten die Volksbürger oft nicht einmal ihren eigenen Nachbarn und es wurden Fälle bekannt, wo man nur durch einen sich verbreitenden üblen Geruch feststellte, daß da jemand verstorben war.

4. Wirtschaftliche Basis des zu errichtenden Deutschen Reiches ist die eigene Volkswirtschaft. Jede Globalisierung wird als völkerzerstörend strikt abgelehnt und alle diesbezüglich entstandenen Strukturen werden aufgelöst und renationalisiert.

Zu 4. *Damit verpflichtet sich das Deutsche Reich, das Völkerrecht wieder mit der ihm zukommenden internationalen Basisbedeutung durchzusetzen. Das bedeutet eine Aufhebung aller gegen das Völkerrecht verstoßenden Entscheidungen, mit einer rückwirkenden Begrenzung auf Beginn des vorigen Jahrhunderts, die gegen Deutschland ergangen sind. Dies umfasst somit die Einforderung aller rechtswidrigen Handlungen in Verbindung mit dem Versailler Diktat und dem Potsdamer Abkommen, sowie aller anderen gegen das Völkerrecht verstoßenden Maßnahmen. Das Deutsche Reich sieht es hierbei als seine Pflicht an, auch andere Staaten bei der Durchsetzung dieses Rechtes zu unterstützen, wie die Rückkehr des willkürlich abgetrennten Kuwait zum Irak.*

5. Grundlage der reichsdeutschen internationalen Politik ist die uneingeschränkte

Anwendung des internationalen Völkerrechts, mit Korrektur aller hiergegen erfolgten Verstöße seitdem Jahre 1918.

5b. Eigentum verpflichtet, auch für jede Art von Geschäftstätigkeit. Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Zu 5. *Diese moralischen Grundsätze sind durch den Wildwuchs des heutigen Kapitalismus fast absolut erloschen. Heute dominiert allein der Eigennutz, bereits im kapitalistischen System durch den "Freien Wettbewerb" vorprogrammiert, was ja nichts anderes heißt, als daß sich der "Bessere" und Rücksichtslosere auf Kosten des Unterliegenden durchsetzt.*

Hieran zeigt sich besonders deutlich, wie bürgerfeindlich dieses System ist. Wir werden lediglich als Konsumenten, als Markt, aber nicht als Menschen gesehen. Damit ist die Situation in ihr Gegenteil verkehrt - Politik und politisch-wirtschaftliche Verhältnisse haben dem Bürger, dem Volk zu dienen und zur Zeit dient das Volk dem Kapital, der Hochfinanz.

Dies ist nur durch rigorosdurchgreifende Maßnahmen zu verändern, wie hier aufgezeigt, und nicht durch eine "Agenda 2010" oder sonstige kosmetische Lappalien.

6. Das deutsche Volk besteht aus den Reichsbürgern, während Reichsangehörige frühere Ausländer bzw. ethnisch fremde Personen darstellen, die zum Deutschtum übergetreten sind.

Zu 6. *Durch die in den letzten Jahrzehnten erfolgte gesteuerte Überschwemmung des deutschen Stammlandes mit Ausländern und deren zu Volkserhalt und Wirtschaftsgesundung nun unumgänglichen Ausreise ist eine Unterscheidung in die angestammten Deutschen als "Reichsbürger" und den im Reichsgebiet verbleibenden Personen volksfremder Herkunft als "Reichsangehörige" notwendig geworden.*

7. Alle Reichsbürger und Reichsangehörigen, nachstehend Bürger genannt, sind vor dem Gesetz gleich, so keine gesonderten Bestimmungen dies einschränken.

Zu 7. *Personen fremder Herkunft, die Reichsangehörige geworden sind, können nicht in vollem Umfange die Rechte wie die angestammten Deutschen erhalten. Diese Erkenntnis rührt insbesondere aus der von den ehem. Siegermächten im früheren Grundgesetz vorgegebenen Maxime her, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich seien. Das bedeutete, daß z. B. zugewanderte Türken es als eine Diskriminierung ansahen und einklagten, sobald sie nicht die gleichen Rechte wie die Deutschen gewährt bekommen sollten und so keine gezielte Förderung z. B. deutscher Familien mehr möglich war.*

8. Für die temporär sich im Reichsgebiet aufhaltenden Ausländer gelten in der Regel gesonderte gesetzliche Festlegungen. Diese werden durch das internationale Prinzip der Gegenseitigkeit begrenzt.

Zu 8. Das Prinzip der "Gegenseitigkeit" bedeutet, daß - so als notwendig erachtet - ein im Reichsgebiet weilender Ausländer ggf. keine weitergehenden Rechte gewährt erhalten kann, als deutschen Bürgern in entsprechender Hinsicht in seinem Heimatland zugebilligt werden.

9. Grundlage jeder politischen und anderen Aktivität im gesellschaftlichen Bereich ist, den Fortbestand des deutschen Volkes abzusichern, seine geistigen und materiellen Lebensbedingungen zu optimieren und jeden Schaden von ihm abzuwenden.

Zu 9. Diese Forderung ist bei weitem keine Floskel. Die im deutschen Stammland vollzogene Zerstörung geistiger und moralischer Werte hat z. B. bei Betrachtung von Presse und Fernsehen zu der drastischen Feststellung geführt, daß man für Deutschland von einer Bordell-Atmosphäre sprechen muss. Hier ist eine grundsätzliche Umkehr mit der Wiederbelebung ethischer Werte zwingend geboten.

Reichsbürgerschaft und Reichsangehörigkeit

10. Deutsche Reichsbürger sind alle Personen, die eine deutsche Abstammung über wenigstens fünf Generationen aufweisen und keiner fremdethnischen Gruppe angehören.

Wahlrecht

11. Das allgemeine aktive und passive Wahlrecht ist ausschließlich deutschen Staatsangehörigen vorbehalten.

Zu 11. Wir wollen eine Politik, die unserem Volke, unseren Bürgern dient. Es besteht die Gefahr, daß Personen fremdethnischer Herkunft statt dessen doch eigene Interessen verfolgen. Siehe als Extremfall die letzte Bundestagswahl 2002, in der die Türken bereits für eine rot-grüne Regierungskonstellation wahlentscheidend waren

12. Ehemaligen BRD/DDR-Politikern, die so durch ihre Tätigkeit den desaströsen Niedergang des deutschen Stammlandes mit- oder maßgeblich verschuldet haben, ist - soweit sie weiterhin im Reichsgebiet ansässig bleiben - das passive Wahlrecht entzogen.

Zu 12. Es ist selbstredend, daß diese Personen von jeder verantwortlichen politischen Tätigkeit künftig auszuschließen sind.

13. Personen deutscher Reichszugehörigkeit wird das aktive Wahlrecht im kommunalen Bereich gewährt.

Rechtssituation des Deutschen Reiches, Kriegsschuld und darauf gegründete Folgeverträge

14. Beide Teilstaaten waren als temporäre Nachkriegskonstrukte der Alliierten keine Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, wie auch das neuaktivierte Deutsche Reich kein Rechtsnachfolger der bis zu diesem Zeitpunkt bestandenen BRD ist. Alle Abkommen und Verträge im internationalen wie nationalen Bereich haben deshalb für das Reichsgebiet keine Geltung, wie auch das neue Deutsche Reich nicht für Schulden und sonstige Verbindlichkeiten der BRD einsteht. Somit ist das Deutsche Reich schuldenfrei.

Zu 14. *Diese Feststellung fehlender Rechtsnachfolge ist unstrittig, aber mit dramatischen Folgen. Denn so ist Deutschland weder in einer Europäischen Union, noch in einer Währungsgemeinschaft des EURO, noch Mitglied der NATO, noch der UNO. Und vor allem - alle von der BRD aufgenommenen Schulden sind so für das neubelebte Deutsche Reich gegenstandslos, der nunmehrige deutsche Staat ist schuldenfrei! Und wird es auch bleiben!*

15. Da wissenschaftlich-historisch zweifelsfrei erwiesen, daß weder der I. noch der II. Weltkrieg ursächlich vom Deutschen Reich, sondern von den gegnerischen Alliierten ausgegangen ist, fehlt der mit einer deutschen Alleinkriegsschuld begründeten Auferlegung von Reparationen und Gebietsokkupationen jegliche moralische wie auch rechtliche Grundlage, und sind deshalb nichtig.

Zu 15. *Die Frage der Kriegsschuld Deutschlands ist von enormer und kaum zu überbietender Bedeutung. Um die gegen das Deutsche Reich 1914 wie 1939 von der Gegenseite ausgelösten Weltkriege moralisch rechtfertigen zu können, samt Reparationen und noch bis heute nicht endenden "Wiedergutmachungs"- bzw. "Entschädigungs"- Zahlungen, musste das Geschichtsbild in grundsätzlicher Weise so verdreht werden, daß Deutschland als militaristisch-kriegslüsternder Hort beide Weltkriege selbst angezettelt habe, mit dem Ziel, die Weltherrschaft an sich zu reißen. Obwohl zweifelsfrei erwiesen ist, daß Deutschland weder zu diesen Kriegen gerüstet war noch diese wollte und sogar zu verhindern suchte, und das aufgezeigt von vielen ausländischen Autoren, sogar aus den ehemaligen Feindstaaten, ist dieses Falschbild durch die sog. Entnazifizierende Umerziehung tief in das Bewusstsein der Deutschen eingepflanzt worden. Dieses so beabsichtigt eingepflanzte dauerhafte Schuldgefühl hat die Psyche fast eines gesamten Volkes deformiert und ist ein einmaliger Vorgang in der Weltgeschichte. Und nun versuchen in jetziger Zeit die USA die dem "III. Reich" unterstellte Weltbeherrschung selbst und sogar mit Hilfe völkerrechtswidriger Angriffskriege an sich zu reißen - und nun ist das auf einmal in Ordnung? Bei von Deutschland ausgehend - was zumal nachweislich in keiner Weise der Fall war - jedoch nicht? Wie das? So ist die Aufklärung über den tatsächlichen geschichtlichen Ablauf ein Vorhaben erster Priorität, indem wir als Folge so die in unserem Volk verschüttet- schlummernden Eigenkräfte, die wir jetzt für den stattfindenden Neubeginn dringend brauchen, wiedererwecken. Deshalb ist dieser Beweisführung ein unverhältnismäßig großer Raum gewidmet worden. Diese erfolgt in neutral-objektiver Weise am besten durch Zitate zeitgeschichtlicher Personen, welche die tatsächliche Zuweisung der Kriegsschuld aus eigenem Munde der ehemaligen Gegner einwandfrei belegen.*

Unser Land gewinnt durch seine Kraft, Tüchtigkeit, seinen Fleiß und seinen Ideenreichtum in kurzer Zeit international die wirtschaftliche Oberhand, ohne es zu wollen. Das ist unser deutsches Problem! Und da man das nicht so offen aussprechen kann, musste man uns als kriegslüsternd und grausam diskreditieren und in völliger Verdrehung der Tatsachen die gesamte Kriegsschuld auferlegen.

Diese völlige Geschichtsverfälschung der beiden Weltkriegsepochen hat sich so in den Köpfen - und was noch viel schlimmer ist, der deutschen Volksseele - eingegraben, daß es vorrangigste Aufgabe jetzt ist, hier auf möglichst breiter Basis unsere Mitbürger aufzuklären, eines der wenigen Dinge, die wir z. Z. überhaupt zu tun in der Lage sind.

Darüber hinaus ist die Okkupation fremden Staatsgebietes ohnehin völkerrechtswidrigen Charakters, weshalb sie in Potsdam vorerst als "unter fremder Verwaltung stehend" benannt worden waren, zudem diese Verträge als bekanntlich Deutschland aufgezwungen auch aus dieser Sicht juristisch nichtig sind.

16. Für das deutsche Staatsgebiet gelten deshalb die Grenzen von 1914. Geleistete Reparationen sind als unrechtmäßig erzwungene Leistungen dem Deutschen Reich zurückzuerstatten.

Zu 16. *Selbstredend müssen für das Reichsgebiet die Grenzen von 1914 gelten, da die Abtrennung jeglicher Gebiete durch die international verbindliche Haager Landkriegsordnung völkerrechtswidrig ist. Aus dem normalen Rechtsalltag wissen wir, daß gegen gesetzliche Bestimmungen erfolgte Rechtshandlungen nichtig, d. h. von Anfang an ungültig sind, also auch alle erfolgten Gebietsverluste, die immerhin ein Viertel des Reichsgebietes ausmachen und oft von beträchtlicher wirtschaftlicher Bedeutung waren.*

Wie aus der Zitate-Sammlung ersichtlich, wurden die auferlegten Reparationen stets mit der deutschen Allein-Kriegsschuld begründet und sogar zum Ausdruck gebracht, daß diese Festlegung unverzichtbar sei, da sonst das Gebäude der Reparationsleistungen zusammenbrechen würde.

17. Zur Feststellung und Aufarbeitung von Kriegsverbrechen und Verstößen gegen geltendes Völkerrecht, die seitens der Alliierten während der Vorkriegszeit, des Kriegsverlaufes und der Nachkriegszeit der beiden Weltkriege begangen wurden, wird ein temporäres deutsches Völkerrechts-Tribunal in Nürnberg eingerichtet.

Zu 17. *In selbstherrlicher Weise wurden zum Nürnberger Prozess neue Rechtsnormen geschaffen und diese in einem Bruch grundsätzlichen Rechtsprinzips mit rückwirkender Gültigkeit auf die Vorphase und den Verlauf des II. Weltkrieges erstreckt. Bereits dies ist eine Vergewaltigung des Rechts gewesen. Doch alle in diesem Rahmen gleichfalls als Kriegsverbrechen einzustufenden Vergehen der Alliierten blieben von jeglicher Erörterung ausgeschlossen. Zudem wurde die "Beweiserhebung" in der Weise gehandhabt, willkürlich nur Dokumente zuzulassen, welche die erhobenen Anschuldigungen gegenüber den Deutschen zu stützen schienen, im Rahmen der Verteidigung entlastendes Material jedoch Ablehnung fand.*

Das ging sogar soweit, daß die Deutschen entlastende bzw. die Alliierten belastende Unterlagen einfach verschwanden und angeblich nicht mehr auffindbar waren.

Zur völligen Abhandlung und endgültigen Ausräumung vorgeworfener deutscher Kriegsverbrechen muss deshalb diese Verhandlung in Nürnberg erneut - aber diesmal auf unangreifbarer Rechtsbasis - durchgeführt werden, mit einer gleichzeitigen Behandlung alliierter Verfehlungen, die man vorsorglich im Rahmen der Bundesrepublik aufdoktrierter Verträge von jeder rechtlichen Verfolgung ausschloss.

Diese Freiheit vor jeglicher Strafverfolgung war bereits im Teil Neun Artikel 1 des sog. Überleitungsvertrages von 1954 festgeschrieben und ist gemäß der in Verbindung mit dem "4 plus 2-Vertrag" abgeschlossenen vertraglichen Vereinbarung vom 27./28. September 1990 ausdrücklich als in Kraft bleibend bezeichnet worden:

3. März 1921: Der ehemalige britische Premierminister DAVID LLOYD GEORGE auf der Reparationskonferenz in London:

"Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist; und wenn die Anerkennung versagt oder aufgegeben wird, so ist der Vertrag zerstört ... Wir wünschen daher ein für allemal ganz klarzumachen, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg von den Alliierten als endgültig feststehend behandelt werden muss."

Wenn das Nichtvorhandensein dieser deutschen Kriegsschuld nun offiziell festgestellt wird - was geschichtswissenschaftlich längst bewiesen -, dann kann das Deutsche Reich alle in diesem Rahmen erzwungenen Leistungen zurückfordern.

Finanzsystem, Steuern und Abgaben

17. Deutsche Währung ist die "Freie Reichsmark".

18. "Frei", da ihre Herausgabe und Verwendung frei von Zinsen erfolgt.

19. Die Herausgabe der Banknoten erfolgt von der in staatlicher Hand sich befindenden Reichsbank. Die Deckung ist durch die Gesamtheit der im Reichsgebiet produzierten Güter und Dienstleistungen gegeben.

Münzen bestehen aus Edelmetall, deren Gewicht den Nennwert des Geldstücks verkörpert.

Zu 19. *Hintergrund dieser Festlegung: alle früheren Staatsbanken, von denen man doch annehmen müsste, sie wären in den Händen des betreffenden Staates, waren in der Regel Privatbanken, also in der Hand von Privatleuten, insbesondere der Hochfinanz.*

Auf diesem Wege baute diese Hochfinanz rund um sich herum ein verdecktes Imperium auf. Am Beispiel der Rockefeller-Familie:

"Mit Geld erlangten die Rockefellers die Kontrolle über die Medien. Mit den Medien erlangte die Familie die Kontrolle über die öffentliche Meinung. Mit der Kontrolle über die öffentliche Meinung erlangte sie die Kontrolle über die Politik. Und mit der Kontrolle über die Politik greifen sie nach der Kontrolle über die Nation".

Aber das genügte ihnen noch immer nicht. Der nächste, folgerichtige Schritt sollte die Kontrolle über unseren gesamten Planeten sein.

Die Regeln, derer man sich dabei bedient: man inszeniert z. B. eine handfeste Währungskrise, indem man z. B. plötzlich alle kurzfristigen Darlehen zurückzieht und bringt durch solcherlei Schwierigkeiten die entsprechende Regierung mit der Zeit fast von selbst auf den angeblich rettenden Gedanken, daß dies künftig nur durch eine starke zentrale Privatbank oder gar internationale Währung zu verhindern sei.

Klassisches Beispiel ist die Zentralbank der USA als eine private AG größter internationaler Privatbanken, die sich "Federal Reserve System" nennt und 1913 gegründet wurde.

Diese Bank hat das alleinige Recht, die US-Dollar-Scheine zu drucken, die dann gegen absichernde Schuldverschreibungen der US-Regierung geliehen werden und zu verzinsen sind. 1982 gab das US-Finanzamt den Schuldbetrag mit 1.070.241.000.000 Dollar an, die allein in jenem Jahr mit 115.800.000.000 Dollar zu verzinsen waren! So leicht kann man sein Geld verdienen, mit nur etwas Druckfarbe und Banknotenpapier.

Teil Neun, Artikel 1:

"Vorbehaltlich der Bestimmungen einer Friedensregelung mit Deutschland dürfen deutsche Staatsangehörige, die der Herrschaftsgewalt der Bundesrepublik unterliegen, gegen die Staaten, welche die Erklärung der Vereinten Nationen vom 1. Januar 1942 unterzeichnet haben oder ihr beigetreten sind oder mit Deutschland im Kriegszustand waren oder in Artikel 5 des Fünften Teils dieses Vertrages genannt sind, sowie gegen deren Staatsangehörige keine Ansprüche irgendwelcher Art erheben wegen Maßnahmen, welche von den Regierungen dieser Staaten oder mit ihrer Ermächtigung in der Zeit zwischen dem 1. September 1939 und dem 5. Juni 1945 wegen des in Europa bestehenden Kriegszustandes getroffen worden sind; auch darf niemand derartige Ansprüche vor einem Gericht in der Bundesrepublik geltend machen."

Diese jede Rechtsverfolgung aushebelnde Festlegung ist für das nunmehrige Deutsche Reich gleichfalls gegenstandslos, da das Deutsche Reich ja kein Rechtsnachfolger der BRD ist und so frei von allen rechtlichen Handlungen dieser Zeitperiode. Deshalb kann und muß diese Strafverfolgung - wie seinerzeit in Nürnberg gegen die reichsdeutschen Regierungsvertreter - nun auch gegen die alliierten Siegermächte durchgeführt werden, um der internationalen Gerechtigkeit Genüge zu tun.

20. Steuern und Abgaben werden in Höhe von 10% erhoben. Abweichungen hiervon bedürfen eines gesonderten Gesetzes.

Eigentum an Grund und Boden

21. Das Privateigentum an Grund und Boden ist aufgehoben und geht in öffentliches Eigentum der kommunalen Ebene über. Die Nutzung erfolgt durch zeitweise Übergabe als persönlichen "Besitz", wie z. B. sich fortsetzend in Erbpacht.

Zu 21. Es ist ein rein willkürliches Prinzip, Grund und Boden als Privateigentum anzusehen. Es sei die drastische Bemerkung von Rousseau angeführt, welcher sagte: "Wer den ersten Zaunpfahl in die Erde rammte und dazu sagte, dieses Land ist mein, und Dumme fand, die es glaubten ..."

Außenhandel, Betriebe, Unternehmertum, Bereich Arbeit

22. Für den Außenhandel erfolgt eine Abkehr vom Ware-Kredit-System mit Umstellung auf einen ausschließlichen kreditlosen internationalen Ware-Ware-Austausch.

Zu 22. Hierzu als Erläuterung ein Zitat aus der Heftfolge "Deutschland", Nr. 5/6 2003: "Die schlimmste Schurkerei Hitlers ... bestand darin, daß er im Januar 1934 sich vom Goldstandard, also dem Dollardiktat, löste und eine eigene Währung, die "Arbeitswährung" einführte. Auch das nicht ohne Grund. Nach dem 1. Weltkrieg waren alle am Krieg gegen Deutschland beteiligten Staaten an Amerika verschuldet. Die USA konnten jede Währung der verschuldeten Staaten beeinflussen. So hatten sie auch das Verhältnis des Dollars zur Reichsmark so verschlechtert, daß es dem deutschen Reich kaum noch möglich war, Rohstoffe auf Devisenbasis zu beschaffen. Dazu kam der weltweite Boykott deutscher Waren. Hitlers Wirtschaftssystem bot daher zum Einkauf von Waren und Rohstoffen nicht Geld oder Devisen, sondern Waren. Churchill nannte dieses System abfällig "Tauschgeschäfte" und bezeichnete diese als Hitlers größten Fehler, weil an diesen Geschäften das internationale Kapital nicht mitverdienen konnte.

Das war umso schlimmer, als viele Staaten, die bisher von den USA oder England wirtschaftlich abhängig waren, in Berlin antichambrierten, um mit Deutschland Lieferverträge abzuschließen: Fahrräder gegen Glimmer, Motoren gegen Kautschuk, Elektrogeräte gegen Bananen und so weiter. Das war übrigens das Wesen und der Ursprung des Handels: Ware gegen Ware oder auch Ware gegen Leistung.

Noch gefährlicher war, daß Hitler die Beseitigung der Arbeitslosen und das Wirtschaftswunder ohne amerikanische Kredite durchzuziehen versuchte - und das mit großem Erfolg. Das deutsche Wirtschaftswunder der dreißiger Jahre war insofern ein Wunder, weil es bei stabilen Löhnen und Preisen bewerkstelligt wurde, also ohne die übliche Inflation. Ein Ei kostete von 1932 bis 1945 5 Pfennige."

23. Verfassungsmäßige Zielstellung ist Vollbeschäftigung ohne jede Arbeitslosigkeit. Hierfür ist die Wochen- und Lebensarbeitszeit analog der fortschreitenden Technisierung so abzusenken, daß eine gleichmäßige, gerechte Verteilung der Restarbeit erfolgt.

***Zu 23.** So war es eine durch das völlig verfahrenere Wirtschaftssystem bedingte, aber absolut unsinnige Forderung, die Lebensarbeitszeit entsprechend steigender Lebenserwartung zu erhöhen, bei vielen Millionen von Arbeitslosen und obwohl bekannt war, daß die Betriebe ohnehin zumeist keine Mitarbeiter über der 50-Jahres-Altersgrenze beschäftigten. Und dabei war Arbeit genügend vorhanden, denkt man nur an den kommunalen Bereich, jedoch durch das verfehlte Finanzsystem keine Geldmittel, um diese zu bezahlen.*

Ein gerechtes Wirtschaftssystem muss allen deutschen Bürgern Arbeit und Auskommen bieten, denn das ist der eigentliche Sinn desselben, der sonst verfehlt wird. Hierzu sind nun durch die Abschaffung des blockierend wirkenden Zinssystems alle Voraussetzungen gegeben.

Bisher begann die soziale Ungerechtigkeit doch bereits bei der extrem differierenden Höhe zu erzielender Einkommen. Bei einem Schlagersänger, Opernstar oder Tennisprofi konnte eine einmalige Konzertgage bzw. Prämie bereits eine Summe ausmachen, für die ein durchschnittlicher Bürger mehrere Jahre arbeiten muss.

Die einzelnen Menschen sind naturgemäß in ihren Veranlagungen ja recht unterschiedlich ausgestattet. Wenn jemand den Beruf gefunden hat und ausüben kann, der ihm liegt, wo er quasi Hobby mit beruflicher Tätigkeiten vereint, wird er diese Beschäftigung ausüben wollen, unabhängig davon, ob sich damit nun goldene Berge verdienen lassen oder nicht.

In einer humanistischen Ordnung hätten wir doch davon auszugehen, daß jeder möglichst seinen persönlichen Fähigkeiten entsprechend tätig sein kann und verpflichtet ist, an diesem Platz das Beste für seine Mitmenschen zu leisten. Von diesem Standpunkt aus gesehen hat jeder seinen Arbeitsbeitrag für die Gesellschaft zu geben und wenn er dies vorbehaltlos tut, bringt doch jeder seine anteilige Leistung für das Gemeinwohl und es ist nicht einzusehen, daß nun der eine das Mehrfache des anderen verdienen soll. Mit welchem Recht?

Der jetzt angestrebte Grundsatz eines "Rechtes auf Arbeit" würde sich nun in eine "Pflicht auf Arbeit wandeln, wie wir bei der nachfolgenden Erörterung der Pensionierung noch sehen werden.

24. Die primäre Form des Betriebseigentums ist das genossenschaftliche Eigentum, bei dem alle Beschäftigten Miteigentümer sind und den erwirtschafteten Gewinn unter sich aufteilen.

***Zu 24.** Die Betriebe sollen wahrlich im Besitz des Volkes sein und die Arbeitnehmer am Gewinn direkt teilhaben. Unter bisherigen Verhältnissen wurde die sog. "Volksaktie" angepriesen, und so die Deutschen durch die Telecom-Volksaktie um ihre ersparten Rücklagen gebracht. Bei der Genossenschaft ist jeder Arbeitnehmer wirklicher Miteigentümer - in der Höhe seines finanziellen Einsatzes, mit verbundenen Entscheidungsrechten.*

Recht und Rechtswesen

25. Der Staat setzt für die Bürger das Recht in Form von Rechtsnormen und hat deshalb zu gewährleisten, daß der Bürger dieses verbriefte Recht auch erhält, unabhängig von materiellen Voraussetzungen.

26. Die Inanspruchnahme jeglichen Rechtsschutzes (Gerichte, Rechtsanwälte) ist deshalb für den deutschen Bürger kostenfrei.

Zu 25./ 26. *Dies ist eine überfällige Regelung. So wie der Schutz durch die Polizei zu den selbstverständlichen Leistungen des Staates gehört, die durch die Steuerzahlung gedeckt sind, hat dies auch für die Durchsetzung des Rechts zu erfolgen. Nehmen wir zur Veranschaulichung an, ein Volksbürger muss sich um Hilfe an die Polizei wenden. Diese wird anstandslos gewährt, es ist eine der Pflichten des Staates, unsere Sicherheit zu gewährleisten. Das bezahlen wir mit unseren Steuern. Warum soll das eigentlich bei der Durchsetzung Ihres Rechts anders sein? Es muss doch ein verbrieftes Recht des Bürgers sein, daß er sein ihm gesetzlich zustehendes Recht auch erhält; was haben gesetzliche Grundlagen unseres Zusammenlebens für einen Sinn, wenn sie nicht sicher durchsetzbar sind? Kein Geld - kein Recht? Das kann doch nicht sein! Die Gewährleistung des Rechts muss deshalb ohne jeden Abstrich mit im Aufgabenbereich des Staates bzw. nach unserer künftigen Struktur im Bereich der Kommunen liegen.*

So werden oft bewusst Prozesse durch folgende Instanzen getrieben, mit dem Vorsatz, daß der finanziell Schwächere hierbei aufgeben muss, da er Anwalts- und Prozesskosten nicht mehr zu zahlen vermag. Dies wird noch verschärft durch die offensichtlich von den Rechtsanwälten initiierten Streitwertregelung, wonach bei Auseinandersetzungen, in denen es um hohe Summen geht, auch die Rechtskosten ins Astronomische steigen, ohne daß damit irgendein Mehraufwand von Anwalt und Gericht notwendig wäre. Ein Arbeiter wird auch neutral bezahlt, ganz gleich, welchen Wert die von ihm hergestellten Erzeugnisse besitzen, warum soll das bei Anwälten anders sein? Das wird endlich beendet durch eine Durchsetzung des Rechts auf kostenfreier Basis.

Ehe und Familie

27. Die Ehe steht unter besonderem Schutz des Staates. Mutter- und Vaterschaft erhalten die höchste Anerkennung der Volksgemeinschaft.

Freiheit der Information

28. Absolute Informationsfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung wird ohne jede Einschränkung gewährleistet.

Medien

29. Die Freiheit der journalistischen Arbeit ist garantiert. Der Zwang zur wahrheitsgemäßen Berichterstattung ergibt sich aus Pkt. 105.

30. Bei der journalistischen Arbeit ist die Einhaltung moralischer und humanistischer Grundsätze zwingende Vorausbedingung, wie die Abkehr von volkszersetzenden Gewalt und Sexdarstellungen.

Bildung und Erziehung

31. Bei der Erziehung steht im Vordergrund, die jungen Mitbürger zu kreativ-selbständig und kritisch denkenden Menschen zu entwickeln, die sich dem Gemeinwohl verpflichtet sehen.

Zu 31. *Diese an sich selbstverständlichen Forderungen waren bis jetzt in ihr Gegenteil verkehrt. Kreativ-kritische Menschen waren unbeliebt und gerieten so ständig in Systemkonflikt - am erfolgreichsten war der stromlinienförmig angepasste Zeitgenosse. Die kaum glaublichen Erfolge der deutschen Vergangenheit in Wissenschaft, Kunst und Technik waren ohne dieses kreativschöpferische Element nicht denkbar. Dies muss nun wieder belebt werden.*

Auch galt bisher unbedingter Eigennutz vor Gemeinwohl, auch hier sind entsprechende psychische Neuorientierungen innerhalb des Volkes unumgänglich.

Landwirtschaft

32. Der Wiederaufbau einer unabhängigen deutschen Reichs-Landwirtschaft, verbunden mit einer hohen Wertschätzung des Bauernstandes als Ernährungsbasis der Nation, ist ein wesentlicher Schwerpunkt jetziger Politik.

33. Dies erfolgt in Abkehr von industrialisierten Großbetrieben mit einer Wiederbelebung des Familienhofes. Hierbei steht die deutsche bäuerliche Wiederbesiedlung der bisher fremdbesetzten Ostgebiete mit im Vordergrund.

34. Gemäß dem Prinzip, daß Produkte vorrangig in der Region zum Verbrauch stehen, in der ihre Herstellung erfolgte, hat ihr Absatz sich vorrangig auf den engeren territorialen Umkreis auszurichten.

35. Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung erfolgt auf Erbpacht-Basis, entsprechend dem neuen Grund- und Boden-Recht.

Zu 32.- 35. *Im Bereich der Landwirtschaft hatte eine recht destruktive Entwicklung stattgefunden. Die Sicherung der Ernährung verkam zum Profitobjekt, mit der Folge einer zunehmenden, globalisierenden Konzentration, die zu einer zunehmenden Zerstörung des einheimischen Bauernstandes führen musste. Dies führte soweit, möglichst Saatgut so zu gestalten, daß es für den Bauern nicht mehr für weitere*

Folgesaaten verwendbar war und die Landwirtschaftsbetriebe so gezwungen werden sollten, mit dem Ziel der eigenen Maximalprofitierung stets erneut neues Saatgut kaufen zu müssen. Das kann man nur als eine kommerziell-entartete Denkweise bezeichnen.

Nicht zuletzt hierdurch wurde die gentechnische Manipulation von Saatgut vorangetrieben, damit hierdurch eine zunehmende Abhängigkeit der Bauern mit einer weiteren Profitmaximierung herbeigeführt werden sollte.

Dies war eine weitere Facette der Vorbereitung einer Weltregierung - um diese erfolgreich etablieren zu können, muss möglichst jede nationale Eigenständigkeit eliminiert und so eine totale Abhängigkeit geschaffen werden.

Die nun erfolgende Neuausrichtung auf die Wiederbelebung des bäuerlichen Erbpachthofes führt die globalisierte Entfremdung auf eine regionale Erzeugung zurück, wodurch die Herkunft der Lebensmittel wieder überschaubar wird und die immer wieder aufgetretenen Landwirtschaftsskandale der Vergangenheit angehören. Das bedeutet im Einzelnen:

- die Rückkehr zum kleineren, bäuerlichen Familienbetrieb,*
- die Herstellung von industriell zu erzeugenden Nahrungsmitteln, soweit unumgänglich, in regionalen Kleinbetrieben,*
- einen wahrhaft ökologischen Anbau, der diesen Namen verdient,*
- eine ausgewogene Bewirtschaftung von Feldflächen, im Einklang mit der Natur,*
- die Entwicklung einer Schädlingsbekämpfung auf der Basis natürlicher Feinde,*
- ein weitgehender Verzicht der Mineraldüngung durch gezielt wechselnden Feldanbau,*
- den bevorzugten Verbrauch regionaler Nahrungsmittel, wodurch sich so der Ursprung noch feststellen lässt und der Bauer auf diese Weise mit seinem Namen für die Qualität seiner Produkte gerade stehen muss,*
- die dadurch mögliche Vermeidung überflüssiger Transportwege mit der damit verbundenen Entlastung der Natur von Schadstoffen,*
- eine natürliche und artgerechte Viehhaltung.*

Durch die Wiederverfügbarkeit der deutschen Ostgebiete erhalten wir die Möglichkeit, die Ernährung unseres Volkes in umfassender Weise abzusichern und gleich von vornherein diese Gebiete durch bäuerliche Familienbetriebe zu strukturieren.

Gesundheit und Medizin

36. Das Recht auf Gesundheit und körperliche Unversehrtheit ist ein verfassungsverbrieftes Grundrecht - jede Beeinträchtigung durch kommerzielle Ursachen ist untersagt.

37. Die medizinische Versorgung ist für die deutschen Bürger grundsätzlich kostenlos, ausgenommen Spezialrisiken, wie z. B. durch Leistungssport, oder ein Sonderstatus als Privatpatient, sie können privat gesondert und kostenpflichtig versichert werden.

38. Die Natur als Lebensgrundlage von uns allen hat Priorität vor jeglichen kommerziellen Erfordernissen.

Zu 36.- 38. *Die Kosten-Katastrophe im Sozialversicherungssystem musste zwangsläufig eintreten, jedoch nicht aus den vorgebrachten Gründen, sondern durch die Überschwemmung des deutschen Stammlandes mit Ausländern, die - da mittellos im bundesdeutschen sozialen Netz hängend - jede Versorgung ohne alle Einschränkungen und ohne jede Eigenleistung erhielten. Durch Spezialabkommen erstreckte sich der Versicherungsschutz für eine Reihe von Ländern sogar bis zu den äußersten Familiengliedern im fernsten Ausland, wie der Türkei, mit einem Gesundheitstourismus, daß ausländische Verwandte und Bekannte sich die Sozialversicherungskarten ausliehen und sich so ebenfalls noch kostenlos verarzten ließen. Unter solchen Belastungen muss jedes Sozialsystem zusammenbrechen. Deshalb war die Diskussion um das Krankenkassendefizit, bei der diese eigentliche Ursache tabuisiert ausgeklammert wurde und nun beim deutschen Stammbürger abgeladen werden sollte, das größte Betrugsmanöver in der Sozialgeschichte.*

Allerdings - wer sich wissentlich in ein erhöhtes Risiko begibt, wie das Betreiben gefahrennaher Sportarten, kann seine so verursachten Gesundheitsschäden nicht der Allgemeinheit aufbürden, sondern muss sich hier tatsächlich eigenverantwortlich absichern.

39. Das bedeutet, die städtischen Ballungszentren soweit möglich aufzulösen und statt dessen als dominierende Form die Siedlungsgemeinschaft im ländlichen Raum zu verwirklichen. Die jetzige Kleinstadt sollte die angestrebte städtische Einheit sein.

Zu 39. *Damit würde eine gleichmäßige Struktur der Siedlungsgebiete erreicht, das morgendliche und am Nachmittag auftretende Verkehrschaos würde entfallen, weil die Menschen nicht mehr aus den Außenbezirken zur Arbeit in die städtischen Ballungszentren strömen müssten. Das heißt aber, daß diese kommunalen Siedlungsgebiete in sich selbständig sind und dem Bürger alles das bieten, was er auch für seine kulturellen Bedürfnisse benötigt. Also müssten Wohngebiet, Arbeitsstätte, Kulturzentren und Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen eine geschlossene Einheit bilden.*

Sport

40. Sport ist Volkssport und dient primär der Gesundheitsvorsorge und der körperlichen Ertüchtigung. Kommerzialisierter Sport findet nicht statt.

Zu 40. *Sport soll Spaß und Freude sein. Es kann deshalb nur eine perverse Entartung sein, den Körper im Rahmen eines "Leistungssports" bis an seine Grenzen herauszufordern und diese dann mit Doping-Mitteln zu überschreiten suchen. Wenn Leichtathleten im Ziel mit verzerrtem Gesicht zusammenbrechen, hat das mit Sport nichts mehr zu tun. Diese Entartung des Sports wird besonders beim Fußball deutlich, wenn sog.*

"Ablösesummen" in Millionenhöhe zu zahlen sind, um einen Vereinswechsel eines solchen "Sportlers" zu erreichen.

B. Grundsätze sofort zu ergreifender Maßnahmen zur Normalisierung der Situation

Einreise und Aufenthalt von Ausländern

41. Jegliche Asylgewährung auf deutschem Reichsgebiet wird für den Zeitraum der jetzigen Übergangsperiode ausgesetzt.

***Zu 41.** Selbst die so fremdenfreundliche BRD-Gesetzespraxis führte nur zu einer Asylanerkennung im einstelligen %-Bereich, fast alle "Asylbewerber" hielten sich also unberechtigterweise im deutschen Stammland auf. In dieser jetzigen Klärungs- und Regenerierungsphase Deutschlands ist jeder Asylbewerber unwillkommen, da das Land vor den hierzu später zu fällenden Entscheidungen zur eigenen Normalität zurückfinden muß.*

42. Alle im BRD-Zeitbereich vorgenommenen Einbürgerungen von Ausländern und Angehörigen fremdethnischer Gruppen bezogen sich auf die vormalige Bundesrepublik und nicht auf das Deutsche Reich, sie sind deshalb irrelevant und aufgehoben.

***Zu 42.** Die Regenerierung der Deutschen als Deutsches Volk gegen die erfolgte Masseninfiltration von Ausländern erfordert unausweichlich, alle durch die BRD-Instanzen in politischem Schnellverfahren erfolgten "Einbürgerungen" zu annullieren und von der tatsächlichen deutsch-ethnischen Abstammung auszugehen, die hier mit über zumindest 5 Generationen angegeben ist. Dies betrifft auch andere fremdethnische Gruppen. So sind Juden dafür bekannt, sich außerhalb ihrer Aufenthaltsvölker zu stellen und nicht in diese zu integrieren, wie z. B. eindeutig die Bezeichnung "Zentralrat der Juden in Deutschland" zeigte, der sonst "Zentralrat deutscher Juden" hätte heißen müssen, wobei eine solche gesonderte Interessenvertretung bei deutscher Integration ohnehin überflüssig wäre und die Existenz einer solchen diese Separierung allein bereits deutlich macht.*

43. Eine Verleihung der deutschen Reichsangehörigkeit setzt neben weitgehender Beherrschung der deutschen Sprache insbesondere ein vorbehaltloses Bekenntnis zum deutschen Volkstum und den von ihm vertretenen Tugenden voraus, wie unbedingtes Verantwortungsbewusstsein dem eigenen Volke gegenüber, Gemeinnutz vor Eigennutz, Zuverlässigkeit und Pflichterfüllung. Anhänger von Religionen, die diesen deutschen Wertmaßstäben entgegenstehen oder ihnen fremd sind, wie des Jahwe-Kultes, von Zionisten und Muslimen, sind von einer Erlangung der deutschen Reichsangehörigkeit ausgeschlossen.

***Zu 43.** Diese Festlegungen sind unverzichtbar, um dem im deutschen Stammland um sich gegriffenen Multi-Kulti-Unwesen ein Ende zu bereiten. Es war ein unglaublicher Zustand, daß in deutschen Städten von Minaretten islamischer Moscheen der*

Muezzinruf erschallte und die deutschen Anwohner das Wohngebiet verlassen mussten, da sie diese Belästigung und Störung nicht ertragen konnten. Da bereits manche Deutsche zum Islam konvertierten und dieser in stiller Weise sich im deutschen Stammland zunehmend dahingehend zu entwickeln suchte, Deutschland schließlich zu einem islamischen Kalifat zu machen, kann Reichsdeutscher wie Reichsangehöriger nur der sein, der sich voll zum Deutschtum und den mit ihm verbundenen Werten bekennt.

44. Ehepartnern von deutschen Reichsbürgern kann in vorrangiger Behandlung die deutsche Reichsangehörigkeit gewährt werden, unter Geltung von Punkt 43.

45. Die Personenanzahl für die Verleihung der Deutschen Reichsangehörigkeit gemäß Pkt. 43 wird zahlenmäßig beschränkt. Zutreffendes regelt ein Gesetz.

Zu 45. *Das heißt - sollte sich der Ehepartner nicht zum Deutschtum und seinen Wertmaßstäben bekennen wollen oder seine religiösen Grundsätze dem entgegenstehen, er das Reichsgebiet verlassen muss und es dem deutschen Partner obliegt, ihm ggf. in seine ethnische Heimatregion zu folgen.*

46. Eine Einreise ins Reichsgebiet kann nur auf der Basis gültiger Personalpapiere erfolgen. Personen ohne Pass und Visum werden an der Grenze abgewiesen oder bei Aufgreifen im Reichsgebiet sofort außer Landes gebracht.

Zu 46. *Diese Regelung ist an sich selbstverständlich, wird zu jetziger Zeit jedoch in unsinniger Weise gegen gehandhabt, wie nachfolgender Fall verdeutlicht:*

"Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat (AZ: 2 BvR 397/02) in einem am 11.3.2003 veröffentlichten Beschluss die strafrechtliche Verfolgung abgelehnter Asylbewerber wegen unerlaubten Aufenthalts in Deutschland eingeschränkt. Wenn ein zur Ausreise verpflichteter Ausländer nicht abgeschoben werden kann, weil die entsprechenden Papiere nicht vorliegen, dann muss ihm die Behörde eine vorläufige Duldungserlaubnis erteilen. Das gelte auch dann, wenn der Bewerber selbst die Beschaffung der Dokumente behindere.

Insbesondere dürfen Strafgerichte keine Urteile wegen Verletzung ausländerrechtlicher Vorschriften aussprechen.

Damit gab das Gericht einem 1998 mit Hilfe eines Schleppers eingereisten Syrer Recht. Da er mit gefälschtem Pass und ohne seine eigenen Papiere nach Deutschland gekommen war, konnte ihm nach Ablehnung seines Asylantrages kein Heimreisedokument ausgestellt werden. Erst 9 Monate später wurde ihm eine Duldung gewährt. Weil er zwischenzeitlich ohne Genehmigung geblieben war, hatte ihn das Amtsgericht Kempten zu 4 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Das Landgericht wie das Bayerische Oberste Landgericht hatten dieses Urteil bestätigt, das nunmehr aufgehoben wurde. (FAZ 12.3.2003)

Das zeigt die absolute Realitätsfremdheit des bisherigen bundesdeutschen Ausländerrechts

- paradiesischer Rechtsschutz trotz Einschleusung durch kriminelle Schlepperbanden, Urkundenfälschung (falscher Pass) und Behinderung der Dokumentenbeschaffung.

Weiterhin: da 1998 eingereist zog sich dieses unglaubliche Verfahren bereits über 5 Jahre hin und beschäftigte alle Instanzen bis hoch zum Bundesverfassungsgericht, anstatt den Mann sofort hinauszuerwerfen und sich ihren eigentlichen rechtlichen Aufgaben zu widmen.

Zum anderen musste dieser Syrer ja die 5 Jahre von etwas gelebt haben - also erhielt er in irgendeiner Weise für 5 Jahre Unterhalt und konnte in allgemein praktizierter Weise unentgeltlich das bundesdeutsche Gesundheitssystem in Anspruch nehmen.

Wie viele solcher "Syrer" gab es wohl? Da musste jeder Staat kaputt gehen, bloß die unglaubliche Unverschämtheit hierbei war, daß dann der brave deutsche Bürger zur Kasse gebeten werden sollte - "Wir müssen alle den Gürtel enger schnallen und haben über unsere Verhältnisse gelebt" - welcher Hohn! - um solchen Elementen ein paradiesisches Leben zu sichern!

47. Durch das Verlassen des Reichsgebietes werden die zugehörigen fremd-religiösen Bauwerke, wie Moscheen, geschlossen. Diese Objekte gehen entschädigungslos in kommunales Eigentum über und können ggf. vereinzelt als Museen fortgeführt werden. Näheres regelt ein Gesetz.

48. Ausländern kann eine befristete Aufenthaltsgenehmigung gewährt werden, bei Voraussetzung einer Arbeitstätigkeit in einem deutschen Betrieb. Diese Aufenthaltsgenehmigung erlischt bei entstehender Arbeitslosigkeit. Insgesamt darf hierbei die Zahl von 500.000 Personen nicht überschritten werden. Alle weiteren Einzelheiten regelt ein Gesetz.

Zu 48. *Durch diese Festlegung wird gesichert: Aufenthalt von Ausländern nur, so sie in Arbeit und Brot stehen. Damit keine Belastung der Sozialsysteme und eine entsprechende Minimierung der Ausländeranzahl und nur vorübergehende Anwesenheit, die automatisch endet, wann kein Arbeitsverhältnis mehr weitergeführt werden kann.*

49. Straffälligkeit von Ausländern hat deren sofortige Ausweisung zur Folge, auch bereits bei begründetem Verdacht einer begangenen oder geplanten Straftat.

50. Ausgehend vom heutigen Tage haben alle Ausländer, Asylanten sowie alle Angehörige fremdethnischer Gruppen, die nicht von Punkt 43, 44 und 48 erfasst werden und einen berechtigten Antrag auf Reichsangehörigkeit gestellt haben, das reichsdeutsche Territorium innerhalb von 4 Wochen zu verlassen, einschließlich aller bisherigen sich im Reichsgebiet aufhaltenden Asylbewerber.

Sie dürfen ihr Vermögen bis zu einem Grenzwert und ihre Sachwerte bei Zollfreiheit ausführen (ausgenommen nach Pkt. 52). Widerstand hiergegen hat die sofortige Abschiebung zur Folge.

51. Antragstellung auf Reichsangehörigkeit stoppt die 4-Wochen-Frist. Als Nachweis für die bisherige Deutschverbundenheit sind mit dem Antrag drei deutsche und haftende Bürgen beizubringen. Die Beibringung dreier deutscher Bürgen wird Missbrauch

verhindern helfen. Außerdem muss eine ausreichende Beherrschung der deutschen Sprache wohl selbstverständlich sein.

Schon allein durch diese Bedingung würden bereits die meisten türkischen Familien für einen Antrag auf Reichsangehörigkeit ausscheiden, denn in diesen Familienkreisen wird nicht etwa Deutsch sondern Türkisch gesprochen.

Nun würde man annehmen, daß die nächsten, bereits in der BRD geborenen Türken mehr durch das sie umgebende Deutschtum geprägt und mehr deutsch als türkisch seien. Doch wie Untersuchungen feststellten, ist das Gegenteil der Fall - im Gegensatz zu ihren hier zugezogenen Eltern haben sie kaum Neigung, sich in ihr Gastland zu integrieren und sie ordnen sich primär in ein unabhängiges getthoisiertes türkisches Umfeld ein.

Zu 49.-51. Diese drei Punkte beinhalten die schwierige Thematik, wie die Rückführung des eskalierten Ausländeranteiles gehandhabt werden soll. Der stete Vorwurf von "Ausländerfeindlichkeit" stellte eine bloße, verschleiernde Taktik dar, alle Angriffe gegen die fremdländische Unterwanderung des deutschen Stammlandes ausschalten zu können. Ich verwies hierzu stets auf den Vater des bundesdeutschen "Wirtschaftswunders", Heinz Erhard, der bereits damals 1965 **bei nur 1,2 Millionen Ausländern** feststellte:

"Der deutsche Arbeitsmarkt ist erschöpft. Die Heranziehung von noch mehr ausländischen Arbeitskräften stößt auf Grenzen. Nicht zuletzt führt sie zu Kostensteigerungen und zusätzlichen Belastungen unserer Zahlungsbilanz."

Das Problem hierbei ist, einerseits sicherzustellen, daß der weitgehendste Anteil von Ausländern, eingeschlossen der mit zuverigen deutschen Pässen, aus dem Reichsgebiet kommt, andererseits aber der kleinere Anteil, der sich zum Deutschtum bekennen möchte, hier verbleiben kann, durch Gewährung der Reichsangehörigkeit. Dies darf sich bei der gebotenen Dringlichkeit keineswegs monate- oder gar jahrelang hinziehen, sondern in Monatsfrist.

Auf der hierbei anzuwendenden Bedingungsliste muss an erster Stelle eine vorbehaltlose Bekennung zum Deutschtum stehen.

52. Der Aufenthalt von Ausländern auf dem Reichsgebiet nach dieser Frist bedeutet Illegalität. Sie werden zwangsweise und kostenpflichtig außer Landes gebracht, wobei die Mitnahme von Eigentum in diesem Falle stark eingeschränkt ist und den Zollbestimmungen unterliegt.

Rechtssituation des Deutschen Reiches, Kriegsschuld und darauf begründete Folgeverträge

53. Für die Räumung der bisher fremdbesetzten Reichsgebiete wird das Prinzip der internationalen Gegenseitigkeit herangezogen, also Bedingungen, die damals von dem ausländischen Staat auf die vertriebenen Deutschen angewandt wurden, mit Geltung einer 7-Tage-Frist.

54. Betreffs Polen: In Ausgleich dafür, daß damals gesamte Habe zugunsten Polens zurückzulassen werden musste, geht nun das gesamte auf dem Territorium befindliche Gut in das Eigentum des Deutschen Reiches zurück, mit Ausnahme von 20 kg Gepäck pro Person, wie es damals den Deutschen gestattet wurde.

55. Die polnischen Anwohner haben das Reichsgebiet in Richtung Osten zu verlassen und sich auf polnisches Gebiet zu begeben. Fahrzeuge sind deshalb vor Grenzübertritt gemäß Pkt. 54 zurückzulassen.

Zu 53.- 55. *Aus den deutschen Ostgebieten, die z. B. "lediglich" unter polnischer Verwaltung stehen sollten - also mit einer dort verbleibenden deutschen Bevölkerung - ist die dortige, angestammte deutsche Bevölkerung in Missbrauch dieser "Verwaltung" damals von der polnischen Regierung mit brutalster Gewalt hinausgeworfen worden. Dabei gab es Mord und Totschlag. Bei der nun deutscherseits erfolgenden Ausweisung soll jedoch kein Pole schikaniert oder körperlich zu Schaden kommen. Es können erst normalisierte Zustände erreicht werden, wenn dieses Reichsgebiet wieder eingegliedert ist und die dort widerrechtlich Ansässigen die bisher okkupierten Gebiete verlassen haben. Zur Veranschaulichung der damals gegen die Deutschen angewandten Maßnahmen ist in Anlage 1 eine polnische Ausweisungsanordnung wiedergegeben.*

56. Für die Nutzung der nach diesem Zeitraum abgetrennten Gebiete, insbesondere derer, die ausdrücklich nur unter ausländischer Verwaltung standen, ist dem Deutschen Reich Schadensersatz zu leisten, sowie den Vertriebenen selbst und für die hierdurch verursachten millionenfachen Todesfälle.

57. Schadensersatz wird insbesondere auch für den nach dem II. Weltkrieg erfolgten völkerrechtswidrigen Patent- und Know how-Raub gefordert.

58. Schadensersatz wird gleichfalls für die Verschleppung deutscher Personen zu im Ausland geleisteter Zwangsarbeit erhoben, sowie den zwangsweisen Einsatz deutscher Wissenschaftler durch die Alliierten in der Nachkriegszeit.

59. Schadensersatz wird gleichfalls verlangt für Kriegs- und Folgeschäden, die auf eine Verletzung internationalen Völkerrechts zurückgehen, wie insbesondere die systematische Zerstörung deutscher Kulturgüter durch alliierte Bombenangriffe, gemäß jeweiliger Feststellungen als völkerrechtswidrige Handlungen und ermitteltem Umfang auf dem Nürnberger Völkerrechts-Tribunal.

Zu 56.-59. *Es ist unstrittig, daß das Deutsche Reich gegen die durch die völkerrechtswidrige Okkupation der deutschen Ostgebiete gegebene Fremdnutzung Regressforderungen erheben kann und im Interesse des deutschen Volkes auch hierzu verpflichtet ist. Die Rechtmäßigkeit aller dieser Forderungen ergibt sich auch allein bereits aus dem geltenden Völkerrecht, das in jedem dieser Fälle bisher ungeahndet gebrochen wurde.*

60. Während des Bestandes von BRD und DDR von den dortigen Regierungen veräußertes Reichsvermögen des Deutschen Reiches ist durch fehlende Verfügungsgewalt rechtswidrig erfolgt und somit nichtig, es kehrt ohne jeden finanziellen Ausgleich in das Reichsvermögen zurück.

Rückführung von Globalisierungsstrukturen

61. Globalisierte Strukturen betreffen Auslandsbetriebe nunmehr reichsdeutscher Unternehmen sowie Betriebe auf dem Reichsgebiet in ausländischer Hand bzw. zu %ualen Anteilen. Alle diese Strukturen sind innerhalb von 12 Monaten zu renationalisieren.

Nationale Aufgabe reichsdeutscher Betriebe ist es, im Reichsgebiet den Bürgern Arbeit und Brot zu gewährleisten und ihre Steuern zu zahlen, und nicht die Vollbeschäftigung im Ausland zu sichern.

62. Begründete Sonderausnahmen für deutsche Geschäftsniederlassungen im Ausland bedürfen einer Reichs-Sondergenehmigung.

Zu 61.- 62. *Ausländische Betriebe im Reichsgebiet bzw. deren Beteiligungen werden ausnahmslos re-nationalisiert. Sollte das betreffende Herkunftsland nach dem Prinzip internationaler Gegenseitigkeit daraufhin auch reichsdeutsche Niederlassungen verweigern, ist auch der Antrag einer ausnahmsweisen Sondergenehmigung gegenstandslos.*

63. Zur Unterstützung wird ein temporäres "Reichsamt für Re-Nationalisierung" gegründet, das bei dieser Strukturentflechtung in- und ausländische Betriebe berät, diese Korrektur anleitet sowie Streitfälle schlichtet und entscheidet.

64. Bei ausländischer Inhaberschaft von Betrieben, die im Rahmen der Auflösung des DDR Vermögens durch die sog. Treuhand entstanden sind, tritt im Falle des Erwerbs durch Verschleuderung, wie symbolischer Zahlung von nur einer DM und/oder Gewährung von umfangreicheren Subventionen entschädigungslose Enteignung ein, wie auch dann, wenn Zusagen zur Weiterführung des Produktionsstandortes nicht eingehalten wurden, eine Transferierung von Betriebskapital ins Ausland stattfand oder eine umfassende Entlassung von Beschäftigten trotz zuvor verbürgter Arbeitsplätze erfolgte.

65. Die wertmäßige Entflechtung geschieht durch das Reichsamt vorrangig im Verfahren gegenseitiger Verrechnung mit dem ausländischen Staat, so keine Auslagerung aus dem Reichsgebiet bzw. Rückführung des Betriebes ins Reichsgebiet erfolgt oder möglich ist. Dies sollte auf Basis zu ermittelnder Verkehrswerte erfolgen, die gegenseitig aufgerechnet werden.

Reichsgliederung, Regierung, Volksvertretungen, Parteien

66. Die Reichsgliederung erfolgt in Ländern vorerst gemäß der Verwaltungsstruktur vom 1.1.1914 bzw. 1.1.1945.

Zu 66. Beide Termine sind hier deshalb zu nennen, da das Reichsgebiet zum 1.1.1914 noch seine volle Ausdehnung besaß, zwischenzeitlich bis 1945 erfolgte verwaltungstechnische Veränderungen jedoch berücksichtigt werden sollen.

67. Die sog. Parlamentarische Demokratie wird als nachweislich volksfeindlich gescheitert aufgehoben. Die Regierungsgewalt wird von der zentralen Reichsregierung und dezentralen Landesregierungen wahrgenommen.

Zu 67. Insgesamt ist festzustellen, daß die sog. "Parlamentarische Demokratie", auch "Repräsentative Demokratie" genannt, in absoluter Weise versagt hat, wie das sich entwickelnde politische wie wirtschaftliche Weltgeschehen eindeutig belegt, sie diente als Opium für das Volk, das in den Wahn versetzt wurde, durch Wahlvorgänge bestimmenden Einfluss auf politische Gestaltungen zu besitzen, ohne zu wissen, daß die vorgesetzten Kandidaten in der Weise sorgfältig handverlesen sind, daß nur genehme Personen, wie aus den eigenen Freimaurerkreisen, in verantwortliche Funktionen gelangen können. Spätestens nach der Zwangsaufgabe der nationalen DM durch die bundespolitischen Ebenen – gegen den erklärten Willen der deutschen Bürger - sollte das jedem Deutschen endlich klar geworden sein. Insgesamt ist das System der "Parlamentarischen oder Repräsentativen Demokratie" eine freimaurerische Schöpfung, um so unter dem Mantel angeblicher Volksbestimmung die eigene politische Handlungsfreiheit zu sichern. Politiker, die hierbei auszubrechen versuchen, werden entweder diffamiert und so demontiert oder gar ermordet (J. F. Kennedy). Die absolutistische Regierungsform war hierin sehr hinderlich, da kaum beeinflussbar, es sei denn, daß der Monarch selbst Mitglied dieser Geheimgesellschaft war und alle aus der oberen Hierarchie kommenden Anweisungen hierdurch widerstandslos auszuführen hatte, deshalb war es erstes Ziel der Freimaurer nach 1900 die Monarchien zu zerschlagen.

68. Alle Parteien und Organisationen sind hiermit aufgelöst, alle Geheimgesellschaften verboten. Ausnahmen bilden fachbezogene Verbände wie z. B. des Handwerks, sie bedürfen einer Neugründung entsprechend den neuen Reichsverhältnissen.

69. Parteien werden nicht mehr zugelassen, Interessenvertretungen können sich in Gesellschaften zusammenfinden und regierungsseitig zu anstehenden Entscheidungen gehört werden.

Zu 68.- 69. Parteien haben sich zu einem Selbstzweck entwickelt, von den alten preußischen Tugenden Bismarckscher Prägung, als Politiker Diener des **Volk**es zu sein, ist das Gegenteil eingetreten - das Volk als Diener der **Parteien** - indem dieses ihr Vertreter zu wählen und ihr Wohlergehen zu finanzieren hat. Weiterhin: da sie durch ihre bewusste und erklärte Interessenverfolgung nur bestimmter Bürgerschichten gegenüber der Allgemeinheit zu bevorzugen suchen, wirken sie so polarisierend- desintegrierend statt vereinend, wobei sie ohne die Staatsform einer Parlamentarischen Demokratie ohnehin überflüssig geworden sind. Das bedeutet jedoch, daß der einzelne Bürger seine Verantwortung künftig in größerem Maße selbst

wahrnehmen hat und nicht mehr in bequemer Weise auf anonyme Parteien und Regierungen delegieren kann, auf einen Bereich, der bisher als "Politik" bezeichnet worden ist. Das bedeutet eine Entflechtung der überzentralisierten Funktionen des Staates und ihre Übertragung in eine echte kommunale Selbstverwaltung. Geheimgesellschaften bleiben auf Dauer verboten. Wie bereits ausgeführt, haben die Freimaurer nach über Jahrhunderte reichenden Vorbereitungen die reale Macht an sich gerissen, indem sie in alle wesentlichen Funktionen des öffentlichen Lebens eingedrungen sind. Da das ganze Freimaurersystem erdumspannend streng hierarchisch funktioniert, versucht man so alle Staaten letztlich mehr oder weniger von einem Zentrum außerhalb ihrer Grenzen aus zentral zu steuern. Hinzu kommt die enge Verquickung zwischen Freimaurerei und Hochfinanz. Ein wahrhaft souveräner Staat, wie nun das Deutsche Reich, muss deshalb beides ausschalten. Deshalb kann die Freimaurer-Geheimgesellschaft nicht auf Reichsgebiet geduldet werden. Sollte diese in den Untergrund gehend dort weiter zu bestehen versuchen, ist hiergegen mit drakonischen Strafen vorzugehen.

70. Der Reichskanzler für die temporäre Übergangszeit wie die Präsidenten der Landesregierungen werden von unserer reichsdeutschen Ebene eingesetzt. Sie benennen ihre Minister auf der Basis fachlicher und menschlicher Erfahrung und bilden so ihre Regierungen allein nach resortfachlichen Maßstäben.

Zu 70. *Es ist vorgesehen, Reichskanzler wie die Regierungspräsidenten der Länder später direkt vom Volke zu wählen - und auch so wieder abberufen lassen zu können.*

71. Der Reichs- und den Landesregierungen werden je eine beratende Bürgerkammer – eine Reichskammer bzw. Länderkammern - zugeordnet. Diese sind ehrenamtlich tätig und erhalten eine Kostenvergütung.

72. Die Mitglieder der Bürgerkammern werden in Aufwärtsfolge beginnend aus der kleinsten kommunalen Verwaltungseinheit, den Gemeinden, bis hin zu den Landkreisen/Ländern gewählt.

Zu 71.-72. *Als Äquivalent zu den vorherigen Parlamenten werden nun der Reichsregierung eine Reichskammer, sowie den Landesregierungen Landeskammern zur Seite gestellt. Die Rechte dieser Kammern werden noch näher zu definieren und abzugrenzen sein.*

Die Besetzung dieser Kammern erfolgt nach einem völlig neuen und bisher nicht gehandhabten Prinzip, indem deren Mitglieder nun nicht mehr durch irgendwelche (nun nicht mehr existenten) Parteien nominiert werden, was zuvor nicht nach Fachwissen sondern im Rahmen einer durch Wohlverhalten bestimmten Parteikarriere geschah, sondern durch ein wahrhaft demokratisches Auswahlverhalten, beginnend von der Gemeindeebene aus, das sich auf die konzeptionellen Ideen von Mahraun stützt.

Finanzsystem, Steuern und Abgaben

73. Die Umstellung auf die FREIE REICHSMARK erfolgt im Rahmen einer Währungsreform. Pro Reichsbürger wird der Umtausch eines noch bekannt zu gebenden Euro-Betrages zu einem Sonderkurs gewährt. Jeder darüber hinaus gehende Umtausch erfolgt zum offiziellen Wechselkurs des jeweiligen Tages.

Zu 73. *Mit der Neuherausgabe einer nationalen Reichswährung ist die gravierende Veränderung auf ein zinsloses Geldsystem verbunden, d. h. für angelegte Geldbeträge werden künftig keine Zinsen mehr gewährt und können auch nicht im privaten Bereich gefordert werden. Dieses bisher geltende Zins- und Zinseszinssystem war keine naturgegebenes und im Geldwesen als solchem begründetes, unabänderliches Prinzip, sondern eine bewusst angelegte Finanz-Strategie der Besitzenden, wodurch diese infolge bloßen Geldbesitzes allein ohne eigene Leistung mehr und mehr Geld erhielten, das die Geld-Besitzlosen stetig für diese Finanz-Egel erarbeiten mussten. Dies war so die eigentliche Ursache für den ständig beklagten Umverteilungsprozess "von unten nach oben", mit der Folge, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer verschuldeter und ärmer wurden. Diese jährlichen Zinsen und die hieraus automatisch resultierende analoge Verschuldung waren der Grund einerseits für die jährliche Inflationsrate, also der stetig fortschreitenden Geldentwertung, wie andererseits die Wirtschaft die Erwirtschaftung dieser Zinslast durch ein stetig auftretendes Wirtschaftswachstum kompensieren musste. Denn die auf allen Medienkanälen unisono zu hörende Forderung eines jährlichen **Wirtschaftswachstums** von etwa 2, besser 3%, das erforderlich wäre, da sonst die Wirtschaft zusammenbräche, ist jeder Logik widersprechender Unsinn. Wenn die Wirtschaft - wie seit den 60iger Jahren - den Bedarf voll abzudecken vermag, reicht logischerweise eine Beibehaltung dieser Produktionskapazitäten, also ein "Null-Wachstum". Eine Produktionsausweitung - und dies bedeutet ja ein "Wachstum" - wäre dann nur erforderlich, wenn sich die Bevölkerungszahl im Inland entsprechend stark erhöht oder der Export in einem solchen Maße ansteigt. Aber unter den bisherigen Zins-Verhältnissen war ein "Null-Wachstum" bereits eine Katastrophe, die zu Arbeitslosigkeit usf. führte. Dies alles wird nun durch das zinslose Geld gegenstandslos: keine Inflationsrate mehr, eine stabile Währung, mit stabilen Preisen, und ohne resultierende galoppierende Staatsverschuldung.*

74. Die Verfügungsstellung von Geldscheinen der FREIEN REICHSMARK ist eine öffentliche Dienstleistung, die gebührenpflichtig ist. Hierzu wird die FREIE REICHSMARK in farblich unterschiedlich gestalteten Serien herausgegeben und in unregelmäßigen Zeitabständen zum Umtausch aufgerufen, der binnen Monatsfrist erfolgen muß. Beim Umtausch in die neue Serie wird die o. g. Gebühr in Höhe von 3% des Wertes erhoben. Der Umtausch erfolgt in allen öffentlichen Einrichtungen des öffentlichen Geldverkehrs, wie Banken, Sparkassen und Postämtern. Nach Monatsablauf werden nicht umgetauschte Geldscheine ungültig.

Zu 74. Während bisher die Zinsen winkten droht nun eine Geld-Benutzungsgebühr. Dies mag auf den ersten Blick als eine Verteuerung und großer Nachteil erscheinen, das Gegenteil ist jedoch der Fall: Wohnungsbau mit etwa 70% Kreditanteil wird beträchtlich billiger, wenigstens um 50%!, mit entsprechend niedrigeren Mieten und alle Dinge des täglichen Bedarfs dürften sich ebenfalls um fast ein Drittel verbilligen! Und - Ihr Geld behält seinen Wert wie insbesondere Ihre Ersparnisse.

Diese Maßnahme ist notwendig, um den abgeschafften Zins zu kompensieren und das Geld auf diese Weise in Umlauf zu halten. So werden die Geldscheine nicht mehr gehortet und dem Wirtschaftskreislauf entzogen, da jeder bestrebt ist, nicht von einer plötzlichen Umtauschaktion mit etwa 3% Wertverlust überrascht zu werden.

Übrigens - das ist keineswegs ein unerprobtes Experiment! Im Mittelalter gab es die zinslosen Brakteaten. Wohlstand breitete sich aus und Geldmittel waren so reichlich verfügbar, die aus dieser Zeit herrührenden großen Kathedralen entstehen zu lassen. Dann kam die Umstellung auf das Zinssystem. Schlagartig stoppte der Kirchenbau und viele Bauwerke blieben unvollendet. In neuerer Zeit: zur Zeit der großen Weltwirtschaftskrise entschloss sich u. a. die Gemeinde Wörgl ein solch zinsloses Notgeld auszugeben, das durch Gebührenmarken monatlich im Wert erhalten bleiben musste. Trotz allgemeinen Niedergangs blühte die Region auf und bis aus Amerika kamen Delegationen, dieses erstaunliche Geschehen zu studieren. Bis der Staat einschritt, die Druckplatten einzog und dieses Notgeld verbot. Auf dem abgebildeten Notgeldschein ist das rechts befindliche Gebührenfeld gut zu erkennen, in dem durch monatliche Gebührenmarken die weitere Gültigkeit aufrecht erhalten werden musste.

75. Für Kontoguthaben des Giroverkehrs, die also jederzeit frei verfügbar und dadurch für den Wirtschaftskreislauf blockiert sind, wird eine monatliche Umlaufsicherungsgebühr von 1,5% erhoben. Dies gilt nicht für Festgeld-Konten.

76. Das Steuer- und Abgabensystem ist so zu vereinfachen, daß jeder Reichsbürger/Betrieb Steuererklärungen selbst auszufertigen vermag. Der Beruf des Steuerberaters entfällt. In Bedarfsfällen können die kommunalen Rechtsbüros in Anspruch genommen werden.

77. Der staatliche Steuer- und Abgabensatz beträgt grundsätzlich 10% des persönlichen Einkommens sowie des kalkulierten Betriebspreises von Leistungen und gefertigten Erzeugnissen.

Zu 77. Ausgehend von der Weimarer Verfassung gilt eine generelle Abgabe von 10%. Diese kann bei besonders niedrigen Einkommen oder größerer familiär-materieller Belastung vermindert oder gar aufgehoben werden. Ebenso ist denkbar, im Ausland erzielte Gewinne (aufgrund Ausnahmegenehmigungen gemäß Pkt. 81) mit einer höheren Abgabe, wie z. B. 25% zu belegen.

Eigentum an Grund und Boden

78. Grund und Boden wird gegen einen Pachtzins an Nutzer in Erbpacht vergeben und in seiner maximal-territorialen Größenordnung begrenzt. Näheres regelt ein Gesetz. Verkauf und Verpachtung sowie Nutzungsverträge durch den Nutzer mit Dritten sind ausgeschlossen.

79. Bisherige Eigentümer treten mit dem Eigentumswechsel automatisch in die Erbpacht ein, begrenzt durch eine maximale Größenordnung, und sind auf Weiteres vom Pachtzins befreit.

80. Bei Nutzerwechsel im Rahmen der Erbpacht setzt jedoch die Gebührenpflichtigkeit ein, sofern ein Zeitraum von 12 Jahren inzwischen überschritten ist. Sonst bleibt die Gebührenfreiheit dennoch erhalten, bis der 12-Jahreszeitraum erreicht ist. Die Gebührenfreiheit für den ersten Nutzer nach Eigentumsübergang wird auf max. 20 Jahre begrenzt.

Zu 78.- 80. *Grund und Boden müssen gemeinschaftliches Eigentum des Volkes sein und von den kommunalen Ebenen verwaltet werden. Diese grundsätzliche Veränderung sichert den Kommunen eine stetige steuerliche Einnahmequelle und ist bei der Einführung eines zinslosen Geldsystems als gleichzeitige Maßnahme unverzichtbar, da sonst das Kapital dann in den Grundbesitz abwandern und diesen zur Spekulationsmasse entarten lassen würde.*

Außenhandel, Betriebe, Unternehmertum, Arbeitszeit

81. Deutsche Betriebe haben ihre Betriebsstätten im Reichsgebiet anzusiedeln, auf Zweigbetriebe, außer Kontakt- und Informationsbüros, ist im Ausland zu verzichten und bedarf als Ausnahmefall einer reichsbehördlichen Genehmigung. Auslandsfilialen unterliegen ebenfalls einer zusätzlichen, speziellen Steuerpflicht für das Reichsgebiet. Verbindung mit der Ausländerbereinigung steht damit soviel Geld zur Verfügung, daß großzügigste Familien- und Bildungsförderung, großzügige Pensionen (Renten) in Gehaltshöhe udgl. möglich sind.

Kredite werden von den Banken also zinslos gewährt, wobei lediglich eine Bankbearbeitungsmarge anfällt, um die Betriebskosten abzudecken.

Zu 81. *Durch diese Regelung soll sichergestellt werden, daß die Produktion deutscher Erzeugnisse auch tatsächlich in Deutschland erfolgt und zur inländischen Vollbeschäftigung beiträgt. Ausnahmslos hat sich jedoch der Betriebssitz im Reichsgebiet zu befinden. Die Steuerpflichtigkeit auch von Auslands-Betriebsstätten soll einer solcherartigen Umgehung der inländischen Steuerpflicht ökonomisch entgegenwirken und das Steueraufkommen sichern..*

82. Für Beschäftigte werden von den Betrieben keine Steuern/Abgaben mehr erhoben, die Steuerpflicht bezieht sich auf die kalkulierten Betriebspreise der ausgelieferten Produkte/Dienstleistungen, um mit Bezug auf die Produktion trotz fortschreitender Automatisierung die Finanzierung der zentral zu leistenden Bürgerpension und des Gesundheitssystems sicherzustellen.

Zu 82. Diese Regelung beinhaltet eine gleichfalls überfällige Veränderung grundsätzlicher Art. Durch die fortschreitende Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse werden immer weniger Werktätige benötigt, um die erforderliche Menge an Gütern herzustellen. Im Extremfall würde in einer sich auf das ganze Land erstreckenden vollautomatisierten Produktion kaum jemand mehr zu arbeiten haben – wie sollte beim bisherigen System dann noch Geld als Kaufkraft unter die Leute und wer dann die Abgaben für die Renten aufbringen?

Bereits jetzt stand man ratlos vor der Prognose, daß bald ein Werktätiger würde zwei Rentner zu ernähren haben. Deshalb war es zwingend notwendig, das Abgabensystem nicht mehr auf die Beschäftigten eines Betriebes, sondern zusätzlich auf die mit immer weniger Arbeitskräften erzeugte Produktion auszurichten, die ja als Bemessungsgrundlage im Gegensatz zum zurückgehenden Arbeitskräfteeinsatz etwa gleich bleibend ist. Durch die fehlende Zinsbelastung werden die real auftretenden Preise dennoch beträchtlicher niedriger als zu bisherigen Zeiten sein. Nun sind die zentral zu zahlenden Pensionen (Renten) in vollem Umfange abgesichert.

Durch den fortschreitenden Zusammenbruch des staatlichen Finanzsystems sah sich die damalige Bundesrepublik gezwungen, statt dessen die Renten zu kürzen - durch Abbau des Rentenniveaus und zusätzliche finanzielle Belastungen.

Dies sollte durch eine angebliche "Private Vorsorge" kompensiert werden. Diese "Private Vorsorge" war nichts anderes, als daß sich der Staat begann aus seiner staatlichen Rentenpflicht herauszumogeln. Zudem gab er diese "Private Vorsorge" noch in die Hände privater Versicherungsunternehmen, die diese zusätzliche Belastung des Volkes auch noch für ihr Gewinnstreben ausnutzten. Da dies eine sog. kapitalgedeckte Einkommensquelle sein sollte, war sie von allen Schwankungen des Börsenwertes abhängig, hierdurch mit grundsätzlichen Risiken belastet und konnte in keiner Weise der Sicherheit einer staatlichen Rentenpflicht entsprechen.

Alle diese Probleme sind durch die nunmehrige Produktionsbezogenheit bei Fehlen jeglicher Zinsbelastungseinflüsse völlig beseitigt.

83. Betriebe auf dem Gebiet des Deutschen Reiches mit ausländischer Beteiligung oder in vollem ausländischen Besitz werden in ausschließlich nationales Eigentum zurückgeführt.

Zu 83. Auch das ist unverzichtbar, um wieder wirtschaftlicher Herr im eigenen Hause zu sein. So wurde kürzlich ein Betrieb hier in der Eifel geschlossen und die Mitarbeiter auf die Straße gesetzt, obwohl der Betrieb schwarze Zahlen schrieb und völlig ungefährdet war – als aufgekaufter Zweigbetrieb eines USA-Unternehmens, das beschlossen hatte, die deutsche Betriebsstätte stillzulegen.

Einkommen und Bürgerpensionen (ehemals Renten)

84. Von jedem deutschen Bürger wird erwartet, daß er mit seinem Arbeitsvermögen, unter Verwirklichung seiner persönlichen Veranlagung, nach besten Kräften seinen ihm möglichen Anteil zur Entwicklung und zum Wohlstand des deutschen Volkes beiträgt, und jeder seine persönlichen Möglichkeiten hierfür voll ausschöpft.

85. Da jeder Bürger seine volle Leistungsfähigkeit einzubringen hat, kann eine Differenzierung des daraus resultierenden Einkommens, wie zur Entgeltung besonderer Verantwortung, nur in engeren Grenzen, wie z. B. bis zum Fünffachen erfolgen. Phantasiegagen für Schauspieler etc. sind hierdurch hinfällig.

Zu 84.-85. Hierbei wird unter dem Gesichtspunkt einer Volksgemeinschaft davon ausgegangen, daß jeder Reichsbürger und Reichsangehörige die grundlegende Pflicht hat, während seines Arbeitslebens sich voll einzusetzen. Diese Möglichkeiten werden je nach Veranlagung unterschiedlich sein. So hat jeder Deutsche grundsätzlich das gleiche Anrecht auf eine finanzielle Vergütung. Der Bürger verkauft also nicht wie bisher seine Arbeitskraft, sondern kommt seiner nationalen Arbeitspflicht nach. Allerdings wird man einen hierbei erhöhten persönlichen Einsatz zeitlicher Art oder in höherer Verantwortungsebene berücksichtigen müssen, jedoch in normalen Relationen, und nicht etwa mit skandalösen Zigmillionenfachen Abfindungen, die ein normaler Arbeiter/Angestellter während seines gesamten Lebens nicht verdienen könnte.

Die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz bedingt ebenfalls eine Gleichheit aller Deutschen in ihrer Altersversorgung in Form einer gesetzlichen Bürgerpension. Diese wird aus dem Staatshaushalt gewährt. Durch den Fortfall des Zinssystems und dem Fehlen jeglicher Belastung aus Verschuldung ist diese in der Höhe eines mittleren Einkommens anzusetzen.

87. Die Gewährung der gesetzlichen Bürgerpension in voller Höhe ist daran gebunden, zumindest 2 Kinder für den Fortbestand des Deutschen Volkes in die Welt gesetzt und aufgezogen zu haben. Bei Abweichung von dieser Voraussetzung wie auch ungenügender Bereitstellung der eigenen Arbeitsleistung erfolgen entsprechende %uale Kürzungen, bis zur Höhe einer existenzsichernden Mindestpension. Näheres regelt ein Gesetz.

Zu 86.- 87. *Es hat absolut nichts mit Gleichmacherei zu tun, für alle Bürger eine gleichartige Bürgerpension vorzugeben, vorausgesetzt, sie haben ihren vollen Beitrag für die Volksgemeinschaft geleistet. Und diese Pension wird ja durch die reichlich verfügbaren Mittel die Höhe eines mittleren Einkommen betragen, also eine Einkunft sein, wie sie aus der Zeit der Arbeitstätigkeit gewohnt ist. Schutz und Förderung der Familie müssen aber hier eine grundlegende Berücksichtigung finden. Der persönliche Beitrag zum Wohle des Volkes muss auch das In-die-Welt-setzen und das Aufziehen von wenigstens 2 Kindern umfassen, die die Pensionsversorgung weiterer Generationen sichern. Ohne diese Leistung kann nur eine Pension zur Existenzabsicherung gewährt werden. Biologische Unfruchtbarkeit dürfte durch moderne medizinische Techniken kein familiäres Problem sein. So das im speziellen Fall dennoch nicht zu realisieren ist, wäre das bestätigende Gutachten einer Ärztekommision notwendig.*
Wir leben im Zeitalter der Automatisierung, in der die lebendige Arbeit von Menschen immer mehr von roboterartigen Maschinen übernommen wird. Aus dieser Sicht ist es in keiner Weise so, daß immer weniger arbeitende Menschen immer mehr Bürger im Ruhestand unterhalten müssten - statt dieser fehlenden Menschen im Arbeitsprozeß

sind doch nun Maschinen getreten! Auch ist es ja nicht so, daß keine Menschen mehr zum Arbeiten zur Verfügung stünden - wir haben doch wenigstens 4 Millionen Arbeitslose allein in Deutschland, die gern durch ein Arbeitsverhältnis ihren Anteil zum Unterhalt des vermeintlichen Überhanges an Ruheständlern leisten würden und es nicht dürfen!

Treiben wir dies durch folgende Überlegung auf die Spitze: nehmen wir an, die gesamte gesellschaftliche Arbeit würde durch Roboter verrichtet und so alle Bedürfnisse gestillt - dann wäre niemand mehr in Arbeit und kein einziger Mensch würde die Ruhestandsbezüge erwirtschaften? Welch ein Unsinn unserer heutigen Diskussion! Das sind doch eindeutige Beweise dafür, daß es nicht an der höheren Lebenserwartung liegt, daß man glaubt, nicht genügend Geld für unsere Pensionäre verfügbar zu haben, nein es liegt eindeutig an dem derzeitigen gesellschaftlichen Ordnungssystem!

Die Elektronik macht es problemlos möglich, ein statistisches Durchschnittseinkommen zu ermitteln, das dann dem Pensionär in voller Höhe zur Verfügung steht, also ohne jede bisherige Verminderung, denn das würde sonst bereits wieder eine Diskriminierung gegenüber den anderen Bürgern bedeuten. Das hieße aber weiter, es würde keine wesentlich differierenden Pensionshöhen mehr geben.

Unter sozialer, humanistischer Gerechtigkeit verstehe ich, daß jeder Bürger seinen ihm zustehenden Anteil am Sozialprodukt erhält, ganz gleich ob er sich noch im Arbeits- oder im Pensionsalter befindet!

Stets ausgehend von dem Grundsatz, daß jeder in seinen Arbeitsjahren das ihm Mögliche gegeben hat, sind spätere, unterschiedliche Pensionshöhen sachlich nicht mehr gerechtfertigt.

Von dieser Regel wäre nur dann abzuweichen, wenn einem Bürger ein zuvoriger fortgesetzter und ernsthafter Arbeitsschlendrian nachzuweisen ist und er seiner Arbeitspflicht nicht nachkam, um so seinen Beitrag zum Wohle der Allgemeinheit zu leisten. Zum anderen wird man berücksichtigen müssen, ob der Bürger vielleicht kinderlos bleiben wollte und so seinem Beitrag auswich, im Rahmen des Generationenvertrages über eine Nachkommenschaft seine Pension abzusichern. In solchen Fällen würde deshalb gegenüber kinderlosen Personen ein deutlich verringerter Pensionssatz anzuwenden sein, der aber in jedem Falle ein Existenzminimum noch deutlich überschreitet. Es ja nicht so, daß Arbeit unbedingt als eine Belastung empfunden wird. Viele möchten auch in fortgeschrittenerem Alter noch arbeiten, um weiterhin in einer sinnvollen Tätigkeit eingebunden zu sein und sich nicht zu Hause sitzend auf ihr eigenes Ableben wartend empfinden. Man wird zwar ein Mindestalter für den Pensionseintritt festzusetzen haben, aber jeder kann darüber hinaus tätig bleiben. Da die Pensionshöhe einem mittleren Einkommen entspricht, kann diese bei zusätzlicher Arbeitsleistung für diesen Zeitraum stimulierend erhöht werden.

Recht und Rechtswesen

88. Die Rechtsnormen (Reichs-Zivilgesetzbuch, Reichs-Strafrecht Reichs-Prozeßordnung,) sind so zu formulieren, daß sie für den Bürger verständlich sind und keiner Auslegung durch Anwälte bedürfen. Vor den Gerichten besteht kein Anwaltszwang.

Zu 88. *Auch hier bestand dringender Handlungsbedarf. Bestimmte Berufsgruppen, wie auch die Rechtsanwälte, neigen dazu, eine eigene Berufsfachsprache zu entwickeln, die dem normalen Bürger unverständlich bleibend ihre Unentbehrlichkeit gewährleistet. Dies findet so ein Ende.*

89. Für die Beratung in Rechtsproblemen werden kommunale Rechtsbüros eingerichtet, die kostenfrei zu konsultieren sind.

90. Einfachere Streitfälle des Zivilrechtes sind über die Schiedskommissionen zu behandeln und entscheiden.

91. Klageantrag bei einem Gericht bedarf einer vorherigen Vorklärung bei einem der kommunalen Rechtsbüros, dessen Stellungnahme beizufügen ist. Wird in dieser die Aussicht auf Erfolg negativ beurteilt, kann die Klage vom Gericht abgewiesen werden.

Zu 89.- 91. *In Veränderung dieser Rechtsstrukturen nehmen nunmehr zu bildende Rechtsbüros die Aufgaben wahr, die bisher privat in Anspruch zu nehmende Rechtsanwälte innehatten. Für diese Büros besteht beim Bürger nun Konsultationszwang, um eine explodierende Belastung der Gerichte durch die gegebene Kostenfreiheit zu verhindern.*

92. Es ist grundsätzlich nur eine Berufungsinstanz gegeben.

93. Darüber hinaus kann das Reichsgericht in Form eines Rechtsaufsichtsanspruches angerufen werden, im Rahmen seiner Aufsichtspflicht einer einheitlichen Rechtsanwendung das Urteil zu überprüfen, ggf. zu kassieren und den Streitfall ggf. an die Berufungsinstanz zurückzuverweisen. Antragstellung bedarf einer nachzuweisenden Fürsprache des zuständigen Rechtsbüros.

Zu 92.-93. *Auch diese Regelung war überfällig. Es ist ein Unding, einen Rechtsstreit über Jahre hinweg durch aufeinanderfolgende Instanzen führen zu müssen, ehe eine endgültige Entscheidung vorliegt - eine Berufungsinstanz und mehr nicht, dafür aber einen wirksamen Ausbau der zentralen Rechtsaufsicht, die über eine qualitativ einwandfreie und einheitliche Rechtsprechung wacht und hiervon abweichende Urteile kassiert und die Verfahren zurückverweist.*

94. Alle im Zeitbereich der BRD und DDR ergangenen politischen Urteile sind aufgehoben, mit Leistung von Schadensersatz. Ebenfalls werden alle Verurteilungen des Nürnberger Militärtribunals einschließlich Folgeprozessen für nichtig erklärt, wegen Rechtsbeugung und entscheidender Verfahrensmängel.

Zu 94. *Diese politischen Urteile standen insbesondere im Widerspruch zum Recht auf Freie Meinungsäußerung und dem unsinnigen Tatbestand angeblicher Volksverhetzung oder "Offenkundigkeit". Rechtsbeugung des Nürnberger Militärtribunals war durch Verletzung des allgemeinen Rechtsgrundsatzes "Nulla poena sine lege" zweifelsfrei gegeben - was heißt "Keine Strafe ohne Gesetz". In Nürnberg wurden jedoch neue angebliche Rechtsnormen geschaffen und dann rückwirkend angewandt.*

95. Handlungen gegen die Erhaltung und das Wohl des Deutschen Volkes, die durch in Verantwortung stehende Politiker oder sonstige Personen begangen werden, sind strafbar und unterliegen ab sofort der Gerichtsbarkeit. Für vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführte Schäden ist materieller Schadensersatz zu leisten. Die Rechtsnormen sind entsprechend zu ergänzen.

Ehe und Familie

96. Für den Zeitraum des Aufziehens von Kindern wird der Mutter bis zum Erreichen der Schulpflicht eine Bürgerpension in voller Höhe gewährt.

97. Bis zur wirtschaftlichen Selbständigkeit der Kinder wird ein Kindergeld einer Höhe gestattet, das die entstehenden Mehrkosten voll kompensiert.

***Zu 96.- 97.** Die Förderung und grundsätzliche Aufwertung von Ehe und Familie ist existenzwesentlich für den Fortbestand des deutschen Volkes. Sie muß deshalb eines der zentralen Prinzipien künftiger Reichspolitik sein. Die vorstehenden Maßnahmen haben das Ziel, die Stellung von Ehe, Familie und vor allem Kindern grundsätzlich zu verändern und von der Peripherie nun in das Zentrum der Gesellschaft zu rücken.*

98. Im BRD-Zeitraum gewährte sog. "Homoehen" als Zeichen sexueller Abnormität und Verstoß gegen die guten Sitten sind annulliert und alle Aufzeichnungen in den Standesämtern zu entfernen.

***Zu 98.** "Homoehen" und "gleichgeschlechtliche Partnerschaften" waren Zeichen des moralischen Abstiegs und der Diskriminierung wahrer Ehe und Familie. Wenn jemand sexuell abnorm veranlagt ist, kann kein Recht darauf bestehen, dies nun auch noch gesellschaftlich zu normalisieren und damit die Ehe als Grundlage des Volkes und Staates zu untergraben. Diese Zugeständnisse falscher angeblicher Liberalität führten dazu, daß diese gesellschaftlichen Abnormitäten begann, das öffentliche Leben als gleichberechtigte Normalität zu durchsetzen. So initiierten offensichtlich schwul-lesbisch orientierte Grüne, Homosexualität in einem der Bundesländer in die Lehrpläne von Schulen aufnehmen zu wollen, und das sogar fächerübergreifend, also daß so bereits die Jugendlichen krankhaft desorientiert werden sollten. Und der homosexuelle Oberbürgermeister von Berlin warb auf der 2003-Touristikmesse für die bundesdeutsche Hauptstadt Berlin als offenes Zentrum für Schwule und Lesben in aller Welt! Das Abnorme wurde in der BRD zur Normalität erhoben! Dies eklatante gesellschaftliche Fehlentwicklung musste deshalb nun strikt behoben werden.*

Verkehrs- und Postwesen

99. Öffentliche Verkehrsmittel und die Postdienstleistungen, langfristig aus Steuermitteln der Bürger aufgebaut und entwickelt, sind allgemeinnützigen Charakters und unrechtmäßig privatisiert worden. Sie werden deshalb in die Hände von Staat und

Kommunen ohne jede finanzielle Kompensation zurückgeführt. Ein Beamtenstatus wird nicht gewährt.

100. Die durch die gewinnausgerichtete Betreibung erfolgte Schließung von Strecken, Bahnhöfen und einer Vielzahl von Poststellen wird aufgehoben und auf den Stand vor erfolgter Privatisierung zurückkorrigiert. Abweichungen hiervon bedürfen einer staatlichen Ausnahmegenehmigung.

Zu 99.- 100. *Diese Privatisierung erfolgte insbesondere aufgrund zentraler EU-Richtlinien, ohne Rücksicht darauf, daß die staatliche Aufgabe einer Schaffung und Erhaltung einer solcherartigen flächendeckenden Infrastruktur zum Wohle der Bürger nun durch das platzgreifende Prinzip der Gewinnmaximierung - nun zum Wohle des Kapitals – abgelöst wurde. Die Folge war eine Zerstörung dieser langjährig entwickelten Infrastruktur mit der Stilllegung "unrentabler" Eisenbahnstrecken und massenweisen Schließung von Poststellen und dem Abhängen von Briefkästen. Dies alles ist als eklatante Fehlentwicklung zurückzukorrigieren.*

101. Die gesamten öffentlichen Verkehrsmittel im Reichsgebiet, einschließlich Inlandsflugverkehr, werden von den deutschen Bürgern unentgeltlich benutzt, ihre Bezahlung gilt als im Rahmen des Steuern- und Abgabensystems geleistet. Von Ausländern wird in sonst üblicher Weise ein Benutzungsentgelt erhoben.

Zu 101. *Diese Neuregelung ist eine Folge der nunmehrigen Schulden- und Zinsfreiheit, wodurch ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, um eine solche Kostenfreiheit festlegen zu können. Hierdurch wird auch der Bahnverkehr zu Lasten der privaten PKW- und LKW-Benutzung gestärkt, durch die nun gegebene gegensätzliche Kostensituation.*

102. Der Verkehr auf der Basis bisheriger Flugzeugtechnik wird eingestellt und erfolgt künftig durch gravitative Flugscheiben. Ausnahmen bilden kleine Privatmaschinen - Näheres regelt ein Gesetz.

Zu 102. *Wie bereits dargestellt, wird durch die generelle Dezentralisierung der Verkehr auf ein gesundes Maß von selbst zurückgehen. Der Explosionsmotor wird nun dem mit einem Konverter kombinierten Elektromotor weichen und die Natur kann spürbar aufatmen. Und mit diesem gleichen Prinzip können wir den Bau aller Verkehrsmittel revolutionieren. Doch dies wird nur für eine Übergangsphase gelten. So ist abzusehen, daß es nachfolgend keine Autos im herkömmlichen Sinne mehr geben dürfte, und sich auch hier die neue Transporttechnik mittels Flugscheiben durchsetzt. Hierdurch würde die in Bau und Instandsetzung aufwendigen Verkehrsstraßen überflüssig - die Bürger würden ihre persönliche Flugscheibe haben. Diese neuen Fahrzeuge werden sich über dem Boden schwebend fortzubewegen, wodurch kein betoniertes Straßennetz mehr notwendig ist, da wir keine Fahrbahn im bisherigen Sinne mehr benötigen, sondern lediglich ein Leitpfadssystem, harmonisch in die Landschaft einbezogen und durch elektronische Leiteinrichtungen markiert, ansonsten nur noch befestigte Gehwege und kleine Landstellen.*

Schutz der Deutschen Sprache

103. Die Deutsche Sprache wird hiermit für das Reichsgebiet unter gesetzlichen Schutz gestellt. Die Verwendung von Anglismen ist auf Ausnahmen zu beschränken und ggf. in einem Rechtsstreit als unumgänglich nachzuweisen. Näheres regelt ein Gesetz.

Zu 103. Auch diese Regelung war dringend notwendig. Die Anglizierung war ein weiterer Versuch, durch Aufweichung der deutschen Sprache unsere kulturelle Identität auszuhöhlen und zu zerstören.

104. Die bundesdeutsch verhängte "Rechtsschreibreform" ist annulliert und nicht mehr anzuwenden. Neuauflagen von Schriftwerken sind auf den zuvorigen Stand der Rechtsschreibung zu korrigieren.

Zu 104. Die aufoktruierte "Rechtsschreibreform" hatte keinerlei substantielle Berechtigung. Infolge bewußtem Ignorierens durch kulturbewußte Schriftsteller und Medien wurde so ein Rechtsschreibchaos verursacht, das nun wieder beseitigt wird.

Freiheit und Wahrhaftigkeit der Information

105. Die Verbreitung von Falschinformationen ist strafbar. Im Konfliktfall muss nachgewiesen werden, daß dies trotz gebotener Sorgfaltspflicht unwissentlich erfolgte. Dies gilt auch für den politischen und militärischen Bereich.

106. Dieser Tatbestand ist auch gegeben, wenn wahre Informationen mit Falschdarstellungen vermischt oder wahre Informationen nur teilweise und so wiedergegeben werden, daß ein verfälschter Eindruck entstehen muß. Näheres regelt ein Gesetz.

Zu 105.-106. Eben in den zurückliegenden Jahrzehnten hatte die Verbreitung von Falschinformationen zum Zwecke der Manipulation der eigenen Bürger wie ganzer Völker oder der gesamten internationalen Öffentlichkeit in solchem Maße zugenommen, daß kaum noch einer Medienmeldung vertraut werden konnte. Dieses Verbreiten von Falschinformationen wird hierdurch unter Strafe gestellt.

107. Die Reichsregierung wird daraufhin wirken, daß die Verbreitung bewusster Falschinformationen und/oder unberechtigte Verunglimpfung eines Volkes/Staates wie auch eine regierungsseitige Anzettelung bzw. Durchführung von Terrorhandlungen unter Beschuldigung eines hieran unschuldigen Dritten zur verdeckten Vorbereitung einer Kriegshandlung als Tatbestand eines Kriegsverbrechens in das Völkerrecht aufgenommen wird und entsprechend zu ahnden ist. Unabhängig hiervon findet dies direkten Eingang in das Strafrecht als reichsdeutsche Rechtsnorm.

Zu 107. Diese Regelung ist von ausschlaggebender Bedeutung, um künftige Kriege

abzuwenden und ein friedliches Zusammenleben der Völker zu sichern. In fast ununterbrochener Folge wurden die jeweiligen Kriegsgründe von der kriegswütigen Regierung selbst geschaffen, um so die von Natur aus friedliche Volksstimmung für einen Kriegseintritt anzuheizen. Letzte Beispiele: die Geschehnisse des 11.9. in den USA um nun beliebig internationale Kriegshandlungen als gegen einen angeblichen internationalen Terrorismus gerichtet durchführen zu können, oder die Falschinformationen über innerhalb von 40 min einsatzbereiter Massenvernichtungswaffen des Iraks, um einen Überfall auf dieses Land zu rechtfertigen zu versuchen.

Gesundheit und Medizin

108. Im Vordergrund von Diagnose und Therapie steht der ganzheitliche Behandlungscharakter. Alliopathisch-pharmazeutische Medikamente sind weitgehend durch Naturheilprodukte und die Anwendung alternativer Heilmethoden zu ersetzen.

109. Die Benutzung der bisherigen gepulsten Mobilfunktechnik wird ab sofort untersagt und alle Sendeanlagen sind durch die Betreiber stillzulegen. Diese drahtlose Kommunikation ist auf neue, bioneutrale Technik umzustellen.

110. Neue Techniken, wie im Bereich der drahtlosen Kommunikation und Energie, dürfen erst eingesetzt werden, wenn ihre Schadlosigkeit zweifelsfrei erwiesen ist. In Umkehr der Beweislast liegt die Verpflichtung zur Beweisführung beim kommerziellen Betreiber.

Zu 108-110. *Der menschliche Körper - ein sich unübertrefflich selbstregelnder Mechanismus - wurde von der Schulmedizin als eine mehr oder weniger hilfloses biologisches Konstrukt angesehen, das von unterschiedlichsten Krankheiten angefallen wird, die man medikamentös bekämpfen muss. Dabei blieb eine ganzheitliche Analyse und Therapie des Geschehens außer acht gelassen und war nur wenigen alternativen Medizinern und Heilpraktikern vorbehalten. So starben Krebspatienten schließlich weniger am Krebs, sondern an der nachfolgend verordneten Chemotherapie. Hier hat ein grundsätzlicher Wechsel zu erfolgen, unter Ausklammerung jeglicher vordergründiger materieller Interessen der Pharmaindustrie. Gesundheit und Medizin musste man bisher wahrlich als eine Hure des Kommerzes und der Politik bezeichnen. Dieser Vorwurf richtete sich vor allem gegen die Verstrahlung unserer Umwelt mit elektromagnetischen Wellen. Welcher Missbrauch hier getrieben wurde, war an den Opfern im Bereich der militärischen Radartechnik erst mal öffentlichkeitswirksam geworden. Dann aber auch für die Bevölkerung selbst durch das um sich greifende Handy Unwesen. Personen, die sich in Nähe einer solchen Anlage aufhielten, erlitten so ernsthafte Gesundheitsprobleme, daß sie entweder Gesundheitsschäden hinnehmen oder sich zu einem Wohnungswechsel durchringen mussten. Diese auf Dauer unhaltbare Situation war darin begründet, daß man einerseits nur von Grenzwerten thermischer Effekte ausging, die erst bei höheren Dosen auftreten, jedoch unter völliger Außerachtlassung der allgemeinen elektromagnetischen Wirkungen auf die Körpersteuerungsprozesse. Weiterhin betrachtete man diese*

Strahlenbelastung für sich allein und isoliert, während im täglichen Leben die Menschen ja einem undefinierbarem Mix verschiedenster Welleneinflüsse ausgesetzt sind, die sich oft nicht nur addieren sondern sogar potenzieren können.

Spätestens als die ersten Bürgerinitiativen sich zu wehren begannen, hätte die Politik einschreiten und diese Entwicklung ohne jeden Vorbehalt klären und beenden müssen. Statt dessen kämpfte man auf Bundesebene um so unsinnige Dinge, wie das Dosenpfand. So hatten die Bürger jeder Gemeinde für sich den Kampf gegen die Errichtung von Sendemasten auszufechten und wurden von der Politik völlig allein gelassen.

Auch war bekannt, daß Handybenutzung zur Beeinflussung der nächstliegenden Gehirnregion führte, die in der Auslösung eines Gehirntumors enden konnte. Doch die Politik ließ die Industrie gewähren, man hatte ja mit dem Dosenpfand genug zu tun. Dies war ein wahrhaftiger Skandal, der nun rigoros beendet werden muss.

Aber, wie Sie an den Pyramiden sehen, hat die Form von Bauwerken einen grundlegenden Einfluss auf die sich in ihnen einstellenden energetischen Verhältnisse. Denn die Pyramide ist durchaus keine energetische Ausnahmeerscheinung, wir haben davon auszugehen, daß jede Bauform spezifische energetische Wirkungen mit sich bringt. Und da zeichnet sich ab, daß stahlarmierter Beton der bisher vorherrschenden Bauweise zu einer energetischen Abschirmung führt, die als Folge entsprechende gesundheitliche Beeinträchtigungen vermuten lässt. Hier könnte eine weitere Ursache für die vielen rätselhaften Zivilisationserkrankungen liegen, die man sich bisher nicht zu erklären vermag. So wirft die bautechnisch bequeme, kastenförmige Zimmerform solche grundsätzlichen, energetischen Fragen auf. Ist diese Bauweise für einen Wohn- oder Arbeitsaufenthalt für uns energetisch und damit von der Lebensqualität her tatsächlich günstig und akzeptabel? Es wurde bereits die Vermutung geäußert, daß diese viereckige Bauart die energetischen Frequenzen der Raum-Energie in disharmonische Schwingungsmuster brechen könnte, die die menschliche Aura recht negativ beeinflussen. Dieser Frage sollte deshalb unbedingt eingehend nachgegangen werden. Es wäre so denkbar, daß Siedlungen der Zukunft z. B. in Sechseckform angelegt werden oder gar eine runde Gestaltung besitzen.

111. Zur strikten Unterbindung von Drogenhandel und Kindesmissbrauch wird bei sonst geltendem Verbot bei diesen Straftatbeständen die Todesstrafe verhängt.

Zu 111. *Drogenhandel und Kindesmissbrauch sind mit die schlimmsten Verbrechen, da sie die Persönlichkeit von Kindern und Erwachsenen zerstören. Drogenhandel lässt sich durch seine Internationalisierung nur durch ganz rigorose Maßnahmen ausschalten - durch die Todesstrafe, die auch bei erwiesenem Kindesmissbrauch anzuwenden ist, ansonsten ist die Anwendung der Todesstrafe ausgeschlossen.*

C. In Grundsätze, die für den weiteren Aufbau des deutschen Staates angebracht erscheinen.

Ehe und Familie

112. Ehen werden vor dem Standesamt geschlossen und können in Vermeidung eines Scheidungsprozesses dort auch wieder aufgelöst werden, so gegenseitige Übereinstimmung in allen zu regelnden Fragen besteht. Hierzu ist dem Standesamt eine beglaubigte Scheidungsfolgenvereinbarung vorzulegen.

113. Die hierzu erforderlichen Klärungen sind zuvor in einem Rechtsbüro vorzunehmen, das beide Partner hierin berät und die hieraus resultierende Scheidungsfolgenvereinbarung schriftlich fixiert. Diese ist von beiden Partnern zu unterzeichnen und vom Rechtsbüro zu beglaubigen. Die Inanspruchnahme ist gleichfalls kostenlos.

Zu 112.-113. *Auch diese neue Regelung ist von großer Bedeutung. Ehen werden zumeist in einem früheren Lebensalter geschlossen, in dem die Entwicklung der eigenen Persönlichkeit noch nicht abgeschlossen sondern in einem noch besonders aktiven Stadium ist. Das kann zu einer Auseinanderentwicklung beider Ehepartner führen, mit divergierenden Interessen und Auffassungen, was durch die Ehe dann in einem dauernden Spannungsfeld verläuft.*

Der bisherige ausschließlich gerichtliche Scheidungsweg war kompliziert, belastend und aufwendig, wodurch viele Paare von einer Eheschließung absahen und lieber in einer "wilden" Gemeinschaft zusammenlebten, die sie jederzeit wieder verlassen konnten. Die nunmehrige Möglichkeit, Ehen auch wieder über die Standesämter auflösen zu können, schafft diesen bisher fehlenden Freiraum, wobei die erforderlichen beiderseitigen Regelungen einer Ehe Beendigung nun gesetzlich fixiert sind über die Rechtsbüros dann für den jeweiligen Fall eine Anpassung an die speziellen Gegebenheiten erfolgt. Nur wenn dies nicht einverständlich gangbar ist, würde noch eine gerichtliche Scheidung notwendig sein.

Ebenso, wie eine Ehe vor einem Standesamt und nicht vor einem Gericht zustande kommt, muss sie sich auch wieder durch einen einfachen, gemeinsamen Gang zum Standesamt auflösen lassen. Dort wird lediglich die Wiederauflösung dieser zuvor dort geschlossenen Verbindung registriert. Wir wollen deshalb besser nicht mehr von Ehe-Scheidung sondern von Ehe-Auflösung sprechen.

Dies erfordert, daß möglichst alle Bedingungen um die Auflösung einer Ehe verständlich gesetzlich geregelt sind, wie das z. B. bereits bisher mit der Tabelle zum Kinderunterhalt gegeben war. Für offene Fragen stünden die Schiedsstellen in den kommunalen Bereichen zur Beratung zur Verfügung. Dort können Ehe- Auflösungs- Vereinbarungen formuliert und rechtskräftig abgeschlossen werden, die alle notwendigen Regelungen enthalten, wie das bereits jetzt durch notarielle Scheidungsfolgen-Vereinbarungen möglich ist. Der Weg einer rechtlichen Auseinandersetzung wird so nur noch notwendig, wenn beide Partner sich nicht gütlich zu einigen vermögen. Der dann erforderliche Rechtsstreit sollte ebenfalls vor der Schiedsstelle des kommunalen Bereichs geführt und entschieden werden und nur in begründeten Fällen eine Anrufung eines Gerichts erfolgen.

Physik und Technik

114. Das bisher allgemein angewandte und naturzerstörerische Explosionsprinzip wird aufgegeben und ist durch eine neue, naturkonforme Technik zu ersetzen. Hierzu ist eine entsprechende neue Physik zu entwickeln, bei der statt dessen insbesondere das Implosionsprinzip im Vordergrund steht.

Zu 114. Bereits in den 30iger Jahren des vorigen Jahrhunderts versuchte man eine neue Physik in Deutschland zu entwickeln, die vor allem mit Viktor Schauburger verbunden war. Die Natur kennt kein Naturprinzip der Zerstörung, wie es die Explosionstechnik darstellt. Diese Entwicklung wird nun wieder aufzugreifen sein.

Medien

115. Die Einhaltung der verbindlichen Grundsätze gemäß Pkt. 30, 105 und 116 wird von einem zu gründenden, unabhängigen Medienrat gesichert. Wegen der großen Öffentlichkeitswirksamkeit ist bei Zuwiderhandlungen ein Verbot journalistischer und anderer Medientätigkeit angedroht, entsprechend jeweiliger Beschlussfassung des Medienrates.

116. Werbeunterbrechungen in Fernseh- und Rundfunksendungen widersprechen als unerbetene, persönliche Belästigung der Selbstbestimmung der Bürger und sind untersagt. Werbung hat ausschließlich in gesonderten Spezi alsendern oder entsprechend zuvor ausgewiesenen langzeitigen Sendekomplexen zu erfolgen.

Zu 115.- 116. In der heutigen Zeit haben die Medien einen gravierenden Einfluss auf Denkinhalte und Psyche eines Großteils der Bürger. Deshalb ist hierbei eine entsprechend hohe Verantwortlichkeit durchzusetzen.

Statt selbstbeweihräuchernder Werbung sollte eine primäre Produktinformation Platz greifen. Sie wird nun ohnehin an Umfang und Bedeutung verlieren. Wie aufgezeigt, mussten die Belastungen des Zinssystems in der Wirtschaft durch ständig erfolgreiches Wirtschaftswachstums kompensiert werden, also durch eine fortlaufend sich erhöhende Warenproduktion bei jedoch gleichbleibendem Marktbedarf. Das erforderte, diesen fehlenden Bedarf für diese stetig sich ausweitende Produktion zusätzlich, also künstlich schaffen zu müssen - durch eine intensive und penetrant bis in jedes Wohnzimmer eindringende, ungefragte Werbung. Ohne Zinssystem ist ein jährliches Wirtschaftswachstum nicht mehr erforderlich!

Bildung und Erziehung

117. Außer allgemeinem und speziellem Wissen haben die Bildungseinrichtungen die Jugend zu Achtung und Wertschätzung von Natur und Umwelt zu erziehen. Dies schließt insbesondere die Aufklärung und die Öffnung für geistig-spirituelle Werte und eine humanistische Grundhaltung mit ein.

Zu 117. Der Schwerpunkt sollte hier auf geistig-spirituellen Werten liegen. Die bisherige Erziehung war praktisch ausschließlich in einer materiellen Grundhaltung angelegt, mit dem Ergebnis: materieller Konsum und Genuss in einer verantwortungsfreien Sex- und Spaßgesellschaft als Zielstellung des Lebens. Insbesondere ist ein Lehrfach "Humanistik und Spiritualität" aufzunehmen, in dem diese Werte vermittelt werden, mit einer Einführung in das allgemeine Lebensprinzip der Reinkarnation, welches nun mal als unumstößlicher Fakt das gesamte irdische Dasein beherrscht, gleichgültig ob es der einzelne weiß oder ablehnt. Allein hierdurch wird eine ganz andere Einstellung zum Leben erzielt, weil hierdurch der wahre Sinn unseres jetzigen Lebens bewusst gemacht wird.

Energie

118. Die Energieerzeugung wird auf die Basis Konvertertechnik-Raumenergie umgestellt. Fossile Ressourcen, Öl, Erdgas und Kohle dienen ausschließlich als chemische Grundstoffe.

119. Die Energieerzeugung erfolgt durch die Konvertertechnik dezentral direkt beim Bürger, ohne Besteuerung und so kostenlos.

120. Alle Atom- und Windkraft-Anlagen sind als Energieerzeuger nunmehr überflüssig und als umweltzerstörend durch die Betreiber abzubauen.

Zu 118.- 120. Der Freie- Energie-Konverter ist der Schlüssel zur gesamten modernen Energietechnik des 3. Jahrtausends. Er ist bereits seit etwa 100 Jahren bekannt, ³¹ dieser technische Ansatz wurde jedoch ständig unterdrückt und unliebsame Forschung und Anwendung sogar durch Mord ausgeschaltet. Denn durch die zentrale Bereitstellung von Energie wurden die Völker in Abhängigkeit der Ölmultis - sprich Hochfinanz - gehalten und beherrscht, die zweite Machtsäule neben dem Zinseszins-Geldsystem. Beide sind nun beseitigt und erst jetzt wird die Menschheit frei atmen und sich in Frieden entwickeln können.

Das bedeutet eine nun dezentrale und kostenlose Energieerzeugung, direkt beim Verbraucher, wodurch alle Elektroverbundnetze mit ihren Überleitungssystemen entfallen, Atomkraftwerke ihre allerletzte Berechtigungsgrundlage verlieren und endlich die Umweltverschandelung durch Windräder ein Ende findet.

Doch damit sind die zu erwartenden Veränderungen keinesfalls erschöpft, denn vom Konverter bis zur Beherrschung der Schwerkraft ist es nur noch ein kleiner Schritt. Wir werden in kurzer Zeit z. B. in der Lage sein, Lasten durch die Aufhebung der Schwerkraft schwebend zu transportieren, so wie es offensichtlich damals bereits in Ägypten beim Pyramidenbau geschah.

Gesundheit und Medizin

121. Die medizinische Behandlung hat von einer ganzheitlichen Betrachtungsweise

auszugehen. Alternative Behandlungsmethoden sind zur bisher praktizierten Schulmedizin nicht nur als gleichwertig anzusehen, sondern dieser sogar vorzuziehen.

122. Im Vordergrund der medizinischen Versorgung steht die Vorbeugung im Sinne der Gesunderhaltung. Tabakwaren und harte Spirituosen werden mit erhöhten Steueraufschlägen beaufschlagt, als Kompensationszahlung für erhöhte medizinische Inanspruchnahme hierdurch provoziertes Gesundheitsschädigung.

Lebensmittel dürfen nur, soweit sie nicht naturbelassen bleiben können, mit garantiert unschädlichen Zusatzstoffen hergestellt werden. Bei der Zulassung dieser Zusatzstoffe sind hohe Maßstäbe anzulegen.

Anwendung von Gentechnik ist verboten, bis eine sichere Unbedenklichkeit nachweisbar werden sollte.

123. Das Rauchen im öffentlichen Leben und im Arbeitsbereich ist untersagt. Kinder in Raucherfamilien sind von den Eltern so zu schützen, daß sie nicht in Mitleidenschaft gezogen werden. Wiederholte Zuwiderhandlung kann den Entzug des Sorgerechtes bedeuten.

Zu 121.-123. *Das bisherige Medizinsystem benötigte immer kompliziertere und immer teurere Apparatechnik und ließ die alternative Medizin, die wie das Beispiel der Akupunktur zeigt, zu der man nur einige wenige Nadeln benötigt, weitgehend außer acht. Im Gegenteil, die Pharmakonzerne taten alles Denkbare, um diese ihnen konkurrierenden und einfacheren Methoden niederzuhalten und möglichst gar auszuschalten. So ging man gegen Vitaminmedikationen vor und letztlich sogar gegen Naturmittel mit Pflanzenheilstoffen. Insbesondere versuchte man dies durch den zentralen Erlass von EU-Richtlinien zu erreichen, die dann durch die fortgeschrittene Entmündigung der Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden mussten, ohne sich dagegen wehren zu können.*

So gibt es durchaus wirksame Methoden zur Krebsbekämpfung, aber es wird an der zellzerstörenden "Chemotherapie" festgehalten, die letztlich den Patienten zugrunde richtet, aber die Kassen der Pharmaindustrie füllt. Hier wird nun ein grundsätzlicher Wandel

eintreten, insbesondere auch was die Vorbeugung von Erkrankungen betrifft, der wir allein bereits durch die Normalisierung der gesundheitsgefährdenden Umweltbedingungen (siehe Mobilfunk-System) einen wesentlichen Schritt näher kommen. Dies gilt auch für das generelle Unterbinden des Rauchens in der Öffentlichkeit. Dieses ist eine hygienische wie gesundheitsschädigende Belastung, wie in vielen Studien nachgewiesen.

Natur- und Tierschutz

124. Alle angewandten Technologien, die durch Verfahren oder entstehende Verfahrensprodukte die Natur tangieren, haben vor industrieller Nutzung den Nachweis einer naturfreundlichen Entsorgung zu führen.

Zu 124. *Diese Festlegungen sprechen für sich. Bei der kommerziell verursachten Naturzerstörung blieb ein wesentlicher Faktor jedoch bisher völlig unbeachtet: es geht*

keineswegs um die Klimagefährdung durch produzierte angebliche "Treibhausgase", denn es ist naturwissenschaftlicher Wahnwitz, einem 0,03%igen CO₂-Gehalt eine Klimaaufheizung zuzuschreiben, sondern vielmehr um die alarmierende Abnahme des Sauerstoffgehaltes, der ja für jedes atmende Lebewesen lebenswichtig ist. Hier werden die nun einzuleitenden Naturschutzmaßnahmen komplex anzusetzen haben.

125. Tiere sind Geschöpfe, die Leiden und Schmerz wie der Mensch empfinden. Tierversuche sind nur in Ausnahmefällen anzustreben und bedürfen einer staatlichen Genehmigung.

126. Tiere sind nur unter naturnahen Bedingungen zu halten, Massentierhaltung ist untersagt.

127. Tiertransporte sind auf ein Minimum zu beschränken und dürfen zu keinerlei Beeinträchtigung des Gesamtzustandes (wie z. B. Stress, Hunger, Durst) führen. Das dominierende Prinzip, Nahrungsmittel primär in der unmittelbaren Region zu verbrauchen, macht Tiertransporte ohnehin größtenteils überflüssig. Ansonsten ist dem Transport von Schlachterzeugnissen der Vorrang zu geben.

128. Im Zeitalter der elektronischen Kommunikation verlieren Ballungsgebiete ihre bisherige Bedeutung und sind - soweit realisierbar - zu entflechten. Vorzugsweise Wohngebiete sind der außerstädtische, naturbelassene Raum mit dem Ziel, jeder Familie den Bezug eines Einfamilienhauses zu ermöglichen.

Zu 125./ 128. *Tiere in Massentierhaltung; Tiertransporte quer durch Europa, bei denen z. B. 10% der Schweine verrecken, und insbesondere Tierversuchslabors, in denen oft die den KZs nachgesagten Gräueltaten sogar noch übertroffen werden, das alles muss ein Ende finden und ist einer menschlichen Zivilisation unwürdig.*

Sport

129. Werbung in Verbindung mit Sportveranstaltungen ist nicht gestattet.

Zu 129. *Werbung bedeutet stets eine Kommerzialisierung, die im Sportgeschehen nichts zu suchen hat. Auch hier sollte der Zuschauer durch die oft kanarienhafte Werbe-Einkleidung der Sportler mental-unterschwellig und ungewollt beeinflusst werden, bestimmte Produkte zu kaufen. Erforderliche finanzielle Förderungen sind nun aus den öffentlichen Haushalten zu leisten, allerdings nur in dem angemessenen Rahmen eines Volkssportes.*

130. Sportmannschaften haben sich aus dem territorialen Umfeld zusammenzusetzen, deren örtliche Bezeichnung sie tragen. Der bisherige Zusammenkauf von Sportlern z. B. für Fußballmannschaften, wie mit Einsatz von Ausländern ist ausgeschlossen.

Zu 130. *Die Gesetze zum Schutz von Herkunftsangaben fordern, daß z. B. ein Dresdener Stollen tatsächlich in Dresden hergestellt worden sein muss, um diese*

Bezeichnung zu tragen, da sonst eine Irreführung und Täuschung des Verbrauchers vorliegt. Das Gleiche ist auch für den Sport bindend. Eine regionale Sportmannschaft muss sich in gleicher Weise aus Mitgliedern dieses örtlichen Bereichs zusammensetzen. So ist es untragbar, wenn sich in der Cottbuser Fußballmannschaft kein einziger Cottbuser, ja nicht einmal ein Deutscher mehr befand (Stand Jahr 2003), sondern diese Mannschaft sich ausschließlich aus Ausländern zusammensetzte. Wie wollte man einen deutschen Sport beleben und garantieren, wenn man hierbei statt der eigene Landsleute vorwiegend Ausländer einsetzte?

III. Der Tag X - 2. Teil

Diese Ansprache und die Grundsätze wurden in unablässiger Folge ausgestrahlt, und dem deutschen Text folgten diese Mitteilungen dann in Englisch, Französisch, Russisch, Spanisch und Arabisch, wie auch die fremdsprachige Texte per Fax den wesentlichsten Sendern dieser Sprachgebiete übermittelt wurden. So erfolgte auf diesem Wege eine weltweite Verbreitung der Information und den Bürgern in den anderen Staaten unseres Planeten wurde endlich bewusst, was die Massensichtungen der scheibenförmigen Flugkörper rund um die Erde zu bedeuten hatten.

Durch die Ausschaltung des gesamten Atomwaffenarsenals und die Warnung, chemische oder biologische Kampfstoffe einzusetzen, verhielten sich fast alle Staaten ruhig, in Israel versuchte man dennoch eine Raketenserie gegen das deutsche Gebiet zu starten, die aber - wie vorgewarnt - noch während des Starts durch Laserwaffen am Boden zerstört wurde. Die Zerstörung direkt beim Abschuss deshalb, um möglichst nicht das unmittelbar angrenzende palästinensische Gebiet zu beeinträchtigen.

Doch auch das Regime in den USA entgegnete mit einem solchen Raketenschlag, der jedoch - wie angekündigt - über eigenem Territorium explodierte und ein weites Gebiet verseuchte, mit einer beträchtlichen Zahl an zivilen Opfern.

Das gab den letzten Anstoß für die amerikanischen Bürger, die zu einem erheblichen Teil durch die zu Tage getretenen Lügereien des 11.9. und die vormaligen Irak-Kriegs-Täuschungen mehr und mehr der eigenen Regierung misstraut hatten, nun offen gegen die Regierung zu revoltieren, dem sich die Gouverneure verschiedener US-Staaten notgedrungen anschlossen und die Administration im Weißen Haus wurde gestürzt. Die neue provisorische US-Regierung distanzierte sich gegenüber Deutschland sofort von diesem versuchten Raketenangriff und sprach ihr Bedauern aus, und daß sie das Selbstbestimmungsrecht jedes anderen Staates respektieren und achten würde, insbesondere auch des nun neu entstandenen Deutsches Reiches, mit der ausgedrückten Hoffnung auf eine freundschaftliche Zusammenarbeit. Beide Staaten unterzeichneten nunmehr auch den vorgelegten Friedensvertrag.

Die mit diesem Friedensvertrag verbundene Annullierung der früheren Kriegsfolgeverträge führte zu sofortigen Willensäußerungen Österreichs, wieder Mitglied des Deutschen Reiches zu werden, was ihm bisher in Missachtung des Selbstbestimmungsrechtes verboten worden war. Auch die deutschsprachigen Kantone der Schweiz sprachen sich für einen solchen Anschluss aus. Südtirol gab in

Pressestimmen seiner Freude Ausdruck, durch die Rückgliederung aller ehemaligen Reichsgebiete nun endlich wieder Bestandteil Deutschlands zu werden.

Im Gegensatz zu diesem relativ komplikationslosen internationalen Verlauf gab es innerhalb des Reichsgebietes erhebliche Schwierigkeiten. Regierung und Bundestag wurden für aufgelöst erklärt, die Bundeswehr auf das Deutsche Reich vereidigt. Weiterhin vereidigte man alle bisherigen BRD-Beamten auf das Deutsche Reich, um hier eine unbedingte Loyalität sicherzustellen, wobei die wenigen, die sich hierbei weigerten, ihren Beamtenstatus verloren.

Schwieriger war es, die Regierungsebenen in Berlin und den Ländern neu mit reichstreuintegren und gleichzeitig fachlich zutreffenden Personen zu besetzen, aber hier hatten die Reichs Deutschen bereits im Vorfeld der Wende eine entsprechende, unauffällige Sondierung vorgenommen und traten nun erstmals an die von ihnen ausgewählten Personen heran mit dem Anliegen, diese Funktionen für diese Übergangszeit zu übernehmen.

Aber insbesondere die in den Ballungsgebieten lebenden Ausländer, die nun das Reichsgebiet verlassen sollten, begehrten auf, sie versuchten sich über die mit dem Ausnahmezustand verhängte abendliche Ausgangssperre hinwegzusetzen und sich zu bewaffnen, hierbei auf geheime Waffenlager zurückgreifend, die das islamische Netzwerk in der früheren BRD als terroristisches Rückzugs- und Ruhegebiet anlegen konnte. Deshalb kam es in den Großstädten und vor allem in Frankfurt/Main und den türkischen Stadtvierteln Berlins zu bewaffneten Ausschreitungen, die von den reichsdeutschen Streitkräften jedoch durch aus den Flugscheiben eingesetzte neuartige, zur vorübergehenden Bewegungsunfähigkeit führende Waffen sofort ausgeschaltet werden konnten. Diese Ausländer wurden - so wie man sie aufgriff - in große Transport-Flugscheiben gebracht und in irakisches Gebiet geflogen.

Denn im Irak hatten zuvor einschneidende Veränderungen stattgefunden. In Kuwait war es - als dem weichen Unterleib der USA- Irak- Aggression - zu einer Revolte gekommen und die Amerikaner mussten ihre dortige Hauptbasis aufgeben und konnten sich daraufhin im Irak nicht länger halten und hatten ihn überstürzt verlassen. Mit der neuen irakischen Regierung war es über reichsdeutsche Vertreter zu einem Abkommen gekommen, die Rückführung aller Ausländer über den Irak als Zwischenstation vornehmen zu dürfen.

So wurden dort in größter Schnelligkeit Zeltlager errichtet und alle Ausländer, die nicht von selbst das deutsche Stammgebiet verlassen hatten - und das waren die allermeisten - dorthin transportiert. Von dort folgte dann der Ausflug in ihre ethnischen Herkunftsregionen.

Dies alles war innerhalb von 6 Wochen nach dem Tag X abgewickelt.

Die Ausländer, die die deutsche Reichsangehörigkeit beantragen wollten, hatten sich an die vormaligen Ausländerbehörden der Städte und Gemeinden zu wenden, mit der vorgeschriebenen Beibringung von drei für sie bürgenden deutschen Personen und einer beeidigten Erklärung, innerhalb von 3 Monaten ihren Übertritt zum Christentum zu vollziehen. Hierfür war eine enge Zusammenarbeit mit dem Kirchenbereich vereinbart

worden, diese Personen zu betreuen, in Kursen die Grundzüge der christlichen Religion zu vermitteln und schließlich zu taufen. Eine nachfolgende Kirchenangehörigkeit war jedoch freigestellt.

Nach einer vorgenommenen Schnell-Vorprüfung ihres Antrages erhielten die als berechtigt erkannten Personen einen provisorischen Reichsausweis bis zum Abschluss des Aufnahmeverfahrens, das ein zwischenzeitliches Prüfungs- und ein Abschlussgespräch beinhaltete. Bei negativem Ergebnis mussten auch diese Personen dann das Reichsgebiet verlassen.

Die Umstellung auf die FREIE REICHSMARK erfolgte recht problemlos und durch das zinslose Kreditsystem setzte eine richtiggehende Lawine an Existenzgründungen ein. Nun konnten auch die kommunalen Bereiche endlich alle durch ihren vormaligen Finanzkollaps geschlossenen Schwimmbäder und Bibliotheken wieder in Betrieb nehmen und umfassende Aufträge erteilen, das vernachlässigte Straßensystem und die Renovierung von Schulen und Kindergärten in Angriff zu nehmen.

So ging die zuvor eskalierte Arbeitslosigkeit von Monat zu Monat mehr zurück und das Erreichen der Vollbeschäftigung war bereits absehbar.

Das internationale Umfeld reagierte zuerst recht zurückhaltend auf das neue deutsche Handelsprinzip, einen Warenaustausch auf Verrechnungsbasis vorzunehmen. Die Europäische Union hatte durch das Ausscheiden Deutschlands samt Euro-Währung ihre tragende Basis verloren und die europäischen Länder waren wieder zu ihrer autarken Nationalstaatlichkeit mit eigenen Landeswährungen zurückgekehrt. Doch das Deutschland der wichtigste Handelspartner war und blieb und insbesondere durch die Rückgewinnung der besetzten Gebiete und dem Anschluss Österreichs, Teilen der Schweiz usw. sogar noch weiter an Bedeutung gewonnen hatte, gab man bald diese abwartende Haltung auf und es setzte eine zusehende wirtschaftliche Erholung im gesamten europäischen Bereich ein.

Wie damals bei der Einführung der zinslosen Notwährungen, wie der "Ulmer Wära" und des "Bestätigten Arbeitswertes" von Wörgl, führte die zinslose FREIE REICHSMARK zu einem unerwartet schnellen Aufblühen der deutschen Wirtschaft mit einem allgemeinem Wohlstand der deutschen Bürger.

Und wie damals in Wörgl kamen wieder Finanzexperten ausländischer Regierungen, um das so erfolgreiche reichsdeutsche Finanzsystem zu studieren und auf ihre eigenen Länder zu übertragen, so daß das Zins-/Zinseszinsssystem mehr und mehr an Bedeutung verlor.

Auch das Parteiensystem mit seiner unseligen "Repräsentativen Demokratie" wurde international mehr und mehr in die Defensive gedrängt, die Völker besannen sich ihrer eigenen politische Kraft, und Regierungen wurden nicht mehr durch sinnlose Wahlkämpfe und Parteibücher bestimmt, sondern allein durch Fachkompetenz.

So war dies nicht nur eine Wende für Deutschland gewesen, sondern hiervon ausstrahlend ein um sich greifender politisch-wirtschaftlicher Umbruch für die gesamte Erde. Es gab keine Hochfinanz mehr, die die Völker in die selbstinszenierten Kriege trieb und es kehrt endlich Friede ein, das Goldene Zeitalter des Dritten Jahrtausends.

Die obige Abhandlung wurde mit Genehmigung des Autors aus dem Buche von
Hans - Peter Thietz

- BUCH VIII –
- Der Tag X entnommen.

Kontakt zum Autor:

Hans-Peter Thietz

Zum Backhaus 6, 54552 Gefell/Deutschl.

Tel.: 02692-931246 / Fax: -931711

Thietz@Erde2000.de

<http://www.hoffnung-deutschland.de>